

# Ein Plan für den Frieden

Argumentationsbroschüre zu Ukraine-Krieg  
und Gemeinsamer Sicherheit



*Man kann vom Krieg nur eines  
lernen: Frieden zu machen.*

*Alexander Kluge*

## **Inhalt**

VORWORT: Der Krieg in der Ukraine: Das Udenkbare ist wahr geworden.....	3
Die Ukraine.....	5
Krieg in der Ukraine - ein kurzer Aufriss für eine Einordnung.....	6
Die Welt zwischen Hochrüstung oder Gemeinsamer Sicherheit.....	6
I.    Krieg in Europa.....	6
II.   Der Krieg hat eine Vorgeschichte.....	15
III.  Hoffnung auf gemeinsame Sicherheit wurde enttäuscht.....	27
IV.  Neuordnung der Welt - Gemeinsame Sicherheit 2022.....	31
Gemeinsame Sicherheit - Der Plan für den Frieden.....	34
40 Jahre Bericht der Palme-Kommission - Grundlagen und Ziele.....	34
Drei Berichte - drei große Themen der Menschheit.....	34
Olof Palme - zur Person.....	36
Die Kommission - Zusammensetzung und Aufgabe.....	36
Palme-Bericht.....	38
Warum fordern Rechte Entspannungspolitik? - Gibt es eine Friedensbewegung von rechts?.....	45
Frieden in Bewegung 2023.....	49

## **Bildnachweis**

S. 37: Oiving/Wikimedia [https://commons.wikimedia.org/wiki/Olof\\_Palme](https://commons.wikimedia.org/wiki/Olof_Palme) (CC BY-SA 3.0);

S. 39: Coverabbildung der deutschen Ausgabe des Palme-Berichts aus dem Severin und Siedler Verlag von 1982.

## **Herausgeber**

NaturFreunde Deutschlands

Warschauer Str. 58a/59a

10243 Berlin

Telefon: (030) 29 77 32 60

info@naturfreunde.de

www.naturfreunde.de

Redaktion: Michael Müller/Regina Schmidt-Kühner

Autor\*innen: Uwe Hiks, Yannick Kiesel, Michael Müller, Regina Schmidt-Kühner

August 2022

## **VORWORT:**

### **Der Krieg in der Ukraine: Das Udenkbare ist wahr geworden**

In der Nacht zum 24. Februar 2022 geschah das eigentlich Udenkbare: Der russische Präsident Wladimir Putin befahl einen Angriffskrieg auf die Ukraine. Doch aus dem erwarteten schnellen Sieg wurde ein schrecklicher Stellungskrieg mit einer hohen Zahl von Opfern. Im Hintergrund steht noch immer die Gefahr des Einsatzes einer Atombombe, denn Russland ist neben den USA eine der beiden atomaren Supermächte der Erde.

Während dieser Text geschrieben wird, sterben täglich Ukrainer\*innen und Russ\*innen im Krieg. Soldat\*innen, um die ihre Familien weinen, Zivilist\*innen – Mütter, Kinder, alte Männer und Frauen – die fassungslos sind über das, was geschieht. Mit ihrem Angriff hat die russische Führung die Ukraine ins Unglück gestürzt, aber auch Menschen im eigenen Land. Doch das Schreckensszenario kann noch schlimmer werden, weil die Waffen immer größer und zerstörerischer werden, selbst der Einsatz chemischer oder atomarer Vernichtung kann nicht ausgeschlossen werden.

Die Vorgeschichte des Krieges hat sich über Jahre hochgeschaukelt. Es geht Russland wie auch den USA seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges um ihre Einflusszonen, die sich nach 1990 drastisch verschoben haben. Die Sowjetunion ist auf Russland reduziert worden, der Warschauer Pakt hat sich aufgelöst. Während der Westen stetig an Einfluss gewann, ist Russland, das größte Land der Erde, immer weiter zurückgefallen. Das ist mit dem Selbstverständnis Putins und der meisten Russ\*innen nicht vereinbar, zumal die Osterweiterung der Europäischen Union nahezu synchron mit der Osterweiterung der NATO verläuft, deren Militärausgaben das 15- bis 18-fache der russischen betragen. Die Gewichte haben sich verschoben.

Der Krieg ist nicht zu rechtfertigen, aber er hat eine komplizierte Vorgeschichte. Die Ukraine ist ein mehrsprachiges Land mit komplexer Geschichte. Insgesamt hat der Krieg eine dreifache Vorgeschichte – eine historische, eine nationale und eine internationale. Das gespaltene Land hält zwar gegen den brutalen Überfall stärker als früher zusammen, dennoch gibt es tiefgehende religiöse, kulturelle und politische Belastungen. Das wird in dem vorherrschenden, teilweise selbstgefälligen Diskurs über den Krieg oft verdrängt. Der Mainstream ist eine Einbahnstraßen-Argumentation, durch die die Chance auf eine Friedenslösung erschwert wird.

Der Konflikt verschärfte sich seit der Maidan-Revolution von 2014, als es in Kiew zu Massenprotesten kam, die auf den massiven Widerstand der Ordnungskräfte trafen. Seitdem ist es mit der „Schaukelpolitik“ der Ukraine zwischen Ost und West vorbei, immer deutlicher bildete sich eine prowestliche Orientierung der Mehrheit des Landes heraus. Frühere Kompromisse wurden aufgekündigt. Umso härter wurde die Gegenwehr des prorussischen Teils der Ukraine, denn die Spaltung zwischen dem Westen und Norden und dem Osten und Süden des Landes blieb bestehen. Schon damals sah Ex-US-Außenminister Henry Kissinger die Eskalation voraus. Er warnte beide Seiten – Russland wie den Westen – davor, die Ukraine als geostrategischen Vorposten ihrer Interessen zu sehen.

Putin annektierte 2014 völkerrechtswidrig die Krim und unterstützte die Separatist\*innen in der Ostukraine. Das Minsker Abkommen II, erarbeitet unter der Moderation von Deutschland und Frankreich, wurde von großen Teilen der Ukraine nicht gewollt. Es fehlte der Wille zur Verständigung. Auch der im Mai 2019 gewählte Präsident Wolodymyr Selenskyj konnte sein Versprechen, schnell eine Befriedung des Landes zu erreichen, nicht erfüllen. Der Konflikt ist kompliziert und kann nicht ohne erhebliche Zugeständnisse auch an den russischen Bevölkerungsteil entschärft werden.

Die Welt steht am Rande des Friedens. Der Krieg, der unter dem Atomschirm Russlands an der Grenze zur NATO stattfindet, gehört zum „Jahrzehnt der Extreme“, das mit der weltweiten COVID-19-Pandemie begonnen hat. Es hat auch unser Leben von heute auf morgen verändert. Die Inflation gefährdet den Wohlstand und vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich. Die negativen Synergien sind nicht absehbar. Vieles ist unsicher geworden. Die Ölkonzerne nutzen die Zeit für Extragewinne, vieles wird teurer. Offenkundig haben auch die, die seit Jahren von der Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft reden, kein Konzept, wie das auch sozialverträglich umgesetzt werden kann. Doch darauf kommt es an.

Es ist eine Zeit, in der es zu einer grundlegenden Neuordnung der Welt kommt. Seit 2020 erleben wir alle zwei Jahre einen tiefen Einschnitt. Erst fordert uns Corona heraus, ein Ende ist nicht abzusehen. 2022 kam es zum Krieg in Europa und spätestens 2024 wird die Kohlendioxid-Konzentration in der unteren Atmosphäre einen Wert erreichen, der zu einer Erwärmung um 1,5 Grad Celsius führen wird. Die befürchteten Kippunkte im Erdsystem rücken schnell näher. Nie zuvor waren die Herausforderungen so gewaltig wie heute. Doch die Welt entfernte sich immer weiter von dem, was notwendig ist: einer Weltinnenpolitik der Kooperation und Nachhaltigkeit.

Obwohl die Menschheit mehr denn je eine soziale und ökologische Weltinnenpolitik braucht, um die großen sozialen und ökologischen Probleme der Welt zu bewältigen, zeigt sich tatsächlich eine tiefe Spaltung der Welt, die sich weiter vertieft und die weiter vertieft wird. Damit droht die Selbstvernichtung unserer Zivilisation. Deshalb geht es bei dem Ukraine-Krieg um sehr viel mehr als um die Hilfe für die betroffenen Menschen. Es werden grundlegende Weichen gestellt. Fallen wir zurück in ein Jahrhundert der Militarisierung oder werden wir gemeinsam fähig, die Transformation sozial und ökologisch zu gestalten? Darum geht es heute.

Mit dieser Argumentationsbroschüre wollen wir diese Hintergründe beleuchten und so einen Beitrag zur weiteren Diskussion leisten.

**Michael Müller**

Bundsvorsitzender der  
NaturFreunde Deutschlands

**Regina Schmidt-Kühner**

Stellvertretende Bundsvorsitzende der  
NaturFreunde Deutschlands

Berlin, August 2022

## Die Ukraine

Die Ukraine ist ein Schwergewicht in Europa. Sie ist nach Russland mit 804 Quadratkilometern der flächenmäßig größte Staat, in dem 2021 etwa 41,4 Millionen Menschen wohnten.<sup>1</sup> Geografisch gesehen waren die weiten Ebenen der Ukraine immer schon von strategischem Interesse als Brücke zwischen dem europäischen und dem asiatischen Kontinent.

Die Hauptstadt der Ukraine ist Kiew. Sie liegt auf beiden Seiten des Dnepr. Der Dnepr ist mit 2.201 Kilometern nach der Wolga und der Donau der drittlängste Strom Europas. Die Ukraine ist für ihre religiöse Architektur, ihre weltlichen Denkmäler und ihre Geschichtsmuseen bekannt. In Kiew lebten in Friedenszeiten knapp 3 Millionen Menschen.

Seit der Unabhängigkeitserklärung im Dezember 1991 steht die Präsidentialrepublik schon 30 Jahre später mit dem Angriffskrieg Russlands vor der größten Herausforderung ihrer ersten Geschichte. Bis Ende Mai 2022 waren laut UNHCR 6.801.987 Menschen auf der Flucht. Davon 3,6 Millionen nach Polen, rund 1 Million nach Rumänien und Russland. In Deutschland wurden Ende Mai rund 750.000 ukrainische Flüchtlinge registriert.

Schon in den 1950er-Jahren als die Ukraine noch der Sowjetunion angehörte, kristallisierte sich ein erster Konflikt mit Moskau um die Halbinsel Krim heraus. Die Krim ist eine Halbinsel zwischen dem nördlichen Schwarzen Meer und dem Asowschen Meer, deren Bevölkerung zu mehr als 50 Prozent russisch ist. Die Krim wurde erst 1954 Teil der Ukraine, zugesprochen von Nikita Chruschtschow, der selbst aus Kalinowka in der Ukraine stammte, anlässlich des 300-jährigen Jubiläums der Russisch-Ukrainischen Einheit. Die größte Stadt der Krim ist Sewastopol, Heimathafen und Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte.

Das Donezbecken, kurz Donbass, ist ein großes Steinkohle- und Industriegebiet beiderseits der russisch-ukrainischen Grenze. In der Ukraine gehören dazu die Oblaste Donezk und Luhansk.

Am 26. April 1986 kam es in Tschernobyl, rund 120 Kilometer von Kiew entfernt, zur bisher größten zivilen Atomkatastrophe, als am 25. April 1986 um 1:23 Uhr ein Experiment im Block 4 der Lenin-Atomzentrale außer Kontrolle geriet und der Reaktor implodierte. Michail Gorbatschow beschrieb 2006 den Super-GAU von Tschernobyl zusammen mit dem Scheitern der Perestroika als wichtigste Gründe für den Zusammenbruch der UdSSR.

Spätestens seit der ukrainischen Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1991 ist die Beziehung zwischen den beiden Ländern extrem schwierig. Die Ukraine blieb trotz ihrer Unabhängigkeit wirtschaftlich und finanziell stark abhängig von Russland. Ihre Identität suchte die Ukraine seitdem zwischen einer Westorientierung in Richtung EU und NATO und den historischen Bindungen an das östliche Nachbarland.

---

<sup>1</sup> Statista: <https://de.statista.com/themen/2097/ukraine/>

# Krieg in der Ukraine - ein kurzer Aufriss für eine Einordnung

## Die Welt zwischen Hochrüstung oder Gemeinsamer Sicherheit

„Es gilt, sich gegen den Strom zu stellen, wenn dieser sich wieder einmal ein falsches Bett zu graben versuchen sollte.“

**Willy Brandt**

### I. Krieg in Europa

Die Ukraine wurde am 23. Februar 2022 das Opfer eines völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf Befehl des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Seine Armee und ihre Verbündeten zerstören die Ukraine und zertrümmern Städte und Infrastruktur. Der Krieg tötet und verwundet zahllose Menschen, bringt großes Leid und Elend über das überfallene Nachbarvolk. Der Krieg erschüttert und radikalisiert Europa. Er betäubt die Welt, die sich neu finden muss. Doch die Weichen stehen nicht auf eine gemeinsame Weltinnenpolitik, sondern auf Abgrenzung, Isolierung und Militarisierung der Außenpolitik.

Fest steht: In diesem Krieg gibt es keine Sieger\*innen. Auch wenn Russland sich militärisch durchsetzen sollte, würde es ein zerstörtes Land einnehmen mit einem tief verletzten Volk, das durch die Bombardierungen und Gräueltaten mit antirussischen Ressentiments aufgeladen ist. Zudem ist der Anteil der russischen Bevölkerung in der Ukraine in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen.

Putin hat der Ukraine nichts anzubieten außer Stagnation und Zerstörung. Umso mehr muss alles getan werden, den Krieg schnell zu beenden. Eine Eskalation kann dagegen nur in einer dramatischen Zuspitzung enden, die zu noch mehr Toten führt und verheerende Konsequenzen für Europa und die Welt hat.

Der Krieg und seine Folgen verschärfen die Instabilität der internationalen Ordnung und vertiefen die Spaltung der Welt. Dabei ist das Gegenteil notwendig. Mehr noch: Der Krieg beschleunigt die Neuordnung der Welt mit ungewissem Ausgang, ohne dass es friedliche Ziele für eine Weltinnenpolitik gibt, im Gegenteil.

Die Welt der Nachkriegszeit war geprägt vom Kalten Krieg zwischen Ost und West. Der Ukraine-Krieg kann in einen neuen Kalten Krieg führen, möglicherweise sogar einen Kalten Krieg mit Moskau und mit Peking. Das würde die Menschheit um Jahrzehnte zurückwerfen. Möglicherweise ist der Ukraine-Krieg das Vorspiel für eine neue Teilung der Welt, obwohl für eine gute Zukunft mehr Kooperation notwendig ist.

Eine gute Zukunft ist auf eine faire globale Zusammenarbeit angewiesen, um die großen sozialen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Die globalen Gefahren kommen

in einem rasanten Tempo auf uns zu. Sie stellen in aller Schärfe die Frage nach dem Überleben der Menschheit, nicht nur wegen des Krieges, sondern vor allem wegen der globalen Klimakrise und dem Artensterben. Umso wichtiger ist es, dass die europäischen Staaten sich jetzt für eine neue Sicherheitsarchitektur einsetzen.

### **Die Vorbereitung des Angriffs auf die Ukraine**

Moskau glaubte beim Überfall auf die Ukraine an einen „Blitzkrieg“, an einen schnellen Sieg über das Nachbarland, mit Hilfe eines gewaltigen Militäraufgebots und der russischen Bevölkerung in der Ukraine. Unter dem Vorwand einer Truppenübung an der westlichen Grenze des Landes wurden aus allen Teilen Russlands rund 135.000 Soldat\*innen (davon geschätzt 112.000 Bodentruppen und Soldat\*innen der Luftwaffe und Marine) nach Westen verlegt. Das Potenzial wurde im Kriegsverlauf auf 190.000 Soldat\*innen erhöht.

Dennoch wies der russische Botschafter in Deutschland, Sergej J. Netschajew, noch wenige Tage vor Beginn des Krieges in Interviews alle kritischen Stimmen an der gewaltigen Truppenkonzentration zurück. Es ginge allein um das Recht eines souveränen Staates zu einer Militärübung. Und näher als 250 Kilometer bis zur ukrainischen Grenze würden die Truppenverbände nicht vorrücken.

Es war die Operation „Irreführung“. Das belegte Russland selbst, als am 1. Februar 2022 erstmals Videoaufnahmen der 36. motorisierten Schützenbrigade, die normalerweise in Ostsibirien nahe der chinesischen Grenze stationiert ist, in Weißrussland rund 40 Kilometer vor der ukrainischen Grenze gezeigt wurden. In der an die Ukraine grenzenden Provinz Brjansk wurden Militärlager ausgebaut oder neu errichtet. So beherbergte die Luftwaffenbasis Klimowo, die nur 12 Kilometer von der Grenze entfernt ist, auf einmal Bataillonsgruppen (jeweils knapp 1.000 Soldat\*innen) der 90ten Garde-Panzerdivision aus der Provinz Tscheljabinsk im Ural.

Teile der 58. Armee, die sonst im Nordkaukasus stationiert ist, wurden auf einen Stützpunkt auf der Krim verlegt. In großer Zahl wurden Truppen aus dem Fernen Osten, so Einheiten der 35. und 36. Armee, die sonst an den Grenzen zu China und der Mongolei ihre Kasernen haben, bis zu 9.000 Kilometer nach Weißrussland verlegt.

Doch laut seinem UNO-Botschafter Wassili Nebensja wolle Russland keinen Krieg in der Ukraine. Nebensja am 31. Januar 2022: „Ich kann das ausschließen.“ Zu dieser Zeit hatte Russland bereits rund 75 Prozent der taktischen Bataillonsgruppen, das sind fast die Hälfte der verfügbaren Kampftruppen, nahe der Ukraine stationiert. Taktische Bataillone sind Grundbestandteile der russischen Armee.

Putin erklärte, dass es Russland auf diplomatischem Weg nicht gelinge, sich für seine „roten Linien“ Respekt zu verschaffen. Dmitri Medwedew gab zu erkennen, dass Russland vorläufig kein Interesse mehr an Gesprächen mit Deutschland, Frankreich und der Ukraine im sogenannten Normandie-Format habe, um zu einer Friedenslösung für die Donbass-Region zu kommen. Doch dann begann auf Befehl Putins der Krieg, der vom Kreml als „militärische

Spezial-Operation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“ bezeichnet und unter dem Buchstaben „Z“ geführt wurde.

Während Wladimir Putin und die russische Militärführung von einem „schnellen Krieg“ ausgingen, kamen die russischen Truppen trotz ihrer klaren Luftüberlegenheit nur langsam voran. Auch deshalb, weil die Logistik nicht klappte und die eigenen Soldat\*innen nur wenig motiviert waren, Krieg zu führen. Ins Gewicht fallen dabei nicht nur die reinen Truppenzahlen, sondern auch die Vielfalt und das Alter des zum Teil aus Sibirien, Nordrussland und dem Fernen Osten herbeigeschafften Kriegsmaterials.

Die russische Armee ist – mit Ausnahme ihrer Eliteeinheiten – eine „Armee der Armen“. 2006 und 2008 verkürzte Russland – auch aus Kostengründen – den Wehrdienst von 24 Monaten auf zunächst 18 und dann auf 12 Monate. Wehrpflichtig sind Männer im Alter zwischen 18 und 27 Jahren. Seit April 2022 zieht Russland neue Wehrpflichtige ein. Die jüngsten getöteten oder gefangenen russischen Soldaten waren laut The Moscow Times gerade erst 18 Jahre alt. Zuletzt wurden Kämpfer aus Tschetschenien und Söldner aus Afrika hinzugeholt.

Aber daraus wurde schon beim Vormarsch in die Ukraine eine verlustreiche „Zermübungsschlacht“. Die jungen russischen Wehrpflichtigen waren den Anforderungen des Krieges kaum gewachsen. Die Wehrpflichtigen, die in die Ukraine einmarschiert sind, stammen in erster Linie aus sozial schwachen Familien und wurden zum Teil von der mongolischen oder chinesischen Grenze über Tausende von Kilometern in den Krieg gekarrt<sup>2</sup> und in der Ukraine als „Kanonenfutter“ geopfert.

Deshalb wurde die russische Strategie geändert und die Angriffe erst einmal auf die Eroberung des Industrie- und Kohlereviere Donbass mit den beiden Oblasten Donezk und Luhansk und die östlichen Schwarzmeerregionen konzentriert. Für die Bodentruppen war der Einmarsch katastrophal. Noch mehr Tote mussten dennoch die Bewohner\*innen der Ukraine hinnehmen.

## **Folgen für Russland**

Der Krieg ist für Putin verheerend. Nicht nur, weil Russland mit zahlreichen Sanktionen belegt wurde, sondern weil er offenlegte, dass es nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts auch militärisch zu einer deutlichen Verschiebung der Kräfteverhältnisse gekommen ist. Anders als 1990 ist Russland heute der NATO in der konventionellen Rüstung klar unterlegen. Die NATO gibt jährlich fünfzehn- bis achtzehnmal so viel für das Militär aus. Die Nummer 1 auf der Rangliste der Länder mit den höchsten Militärausgaben sind die USA, Russland folgt auf Platz 5 und Deutschland auf Platz 7.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Rüesch, Andreas: Krise um die Ukraine. In: NZZ vom 1. Februar 2022.

<sup>3</sup> SIPRI: Übersicht über die Militärausgaben

<https://www.sipri.org/gallery/graphics-gallery-military-expenditure-2021>

## Länder mit den höchsten Militärausgaben 2021

Die Militärausgaben sind im Jahr 2021 um 0,7 Prozent auf 2.113 Milliarden US-Dollar gestiegen. Auf die ersten zehn Länder entfallen 74,97 Prozent der weltweiten Militärausgaben<sup>4</sup>:

- Nr. 1 USA (auf die mehr als zwei Fünftel der globalen Militärausgaben entfallen)
- Nr. 2 China (mit einer Steigerung in 2021 um 4,7 Prozent)
- Nr. 3 Indien
- Nr. 4 Großbritannien
- Nr. 5 Russland
- Nr. 6 Frankreich
- Nr. 7 Deutschland (mit 2019 und 2020 den höchsten Zuwächsen der ersten 15 Staaten)
- Nr. 8 Saudi-Arabien
- Nr. 9 Japan
- Nr. 10 Südkorea

Mit dem Krieg ist vieles, was lange Zeit gesichert schien, aus den Fugen geraten. Die eifertigen Bewertungen, die oft leichtfertig daher gesagt werden, stimmen einfach nicht, aber sind dafür geeignet, neue Gräben zu schaffen. So zum Beispiel der „Liberale“ Alexander Graf Lambsdorff, der die Friedensbewegung als „5. Kolonne Moskaus“ diffamiert hat, während die Rufe nach schweren Waffen zur Friedenspolitik verklärt wurden und werden.

Manche Kommentare zum Ukraine-Krieg erwecken den Eindruck, es ging allein darum, möglichst schnell auf den Knopf zu drücken, um schwerste Waffen für eine Eskalation des Krieges einzusetzen. Ein Meinungskonformismus, der kritisches Hinterfragen und eine eigene Meinung vermissen lässt, treibt den Westen in den Kriegsrausch. Doch es gibt keinen Grund für Selbstgefälligkeit. Auch Westeuropa zeigt sich unfähig, für das gemeinsame Europa, zu dem sowohl die Ukraine als auch Russland als souveräne Staaten gehören, eine Friedensperspektive zu entwickeln. Darum aber muss es gehen.

### Wo bleibt die Vernunft?

So weitet sich der Krieg zu einer immer größeren menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Tragödie aus, wie sie Europa seit dem Jugoslawienkrieg nicht erlebt hat. Mit dem Anstieg der Opfer - Soldat\*innen wie ukrainische Zivilist\*innen - nimmt dieser Krieg ein unbeschreibliches Ausmaß an.

Theodor W. Adorno stellte in der *Minima Moralia*, den „Reflexionen aus dem beschädigten Leben“, fest: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“<sup>5</sup>. Krieg ist immer falsch, nicht zu

---

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Theodor W. Adorno: *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Frankfurt am Main, 1951.

rechtfertigen, im Atomzeitalter schon gar nicht. Man könne im Krieg, so auch die Schlussfolgerung des Kulturphilosophen Alexander Kluge, nur eines lernen: Frieden schaffen.<sup>6</sup>

**Das heißt: Auch wenn die Ukraine unter Berufung auf ihr Selbstverteidigungsrecht nach schweren Waffen ruft, Hauptaufgabe ist es, zusammen mit Partner\*innen in der UNO, der OSZE und der Europäischen Union beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen und nach Wegen zu einem Frieden zu suchen. Und wenn sich deren Repräsentant\*innen als unfähig erweisen, dann müssen der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz, der französische Staatschef Emmanuel Macron und der Ministerpräsident Italiens die Initiative ergreifen, die beteiligten Konfliktparteien an einen Tisch zu holen und über Waffenstillstand und eine Friedenslösung zu verhandeln.**

### **Verhandeln statt schießen**

Das heißt: Die Vertreter\*innen der drei stärksten EU-Staaten müssen mit Selenskyj und auch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin reden, um alles zu tun, dass die Spitzen beider Staaten, der Ukraine und Russlands, miteinander über die Beendigung des Krieges reden.

Der Anstoß muss von außen, vor allem von Repräsentant\*innen der europäischen Staaten kommen, um auszuloten, welche Lösungen denkbar werden: Die Neutralität der Ukraine mit entsprechenden Sicherheitsgarantien, der Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft, die Aushandlung eines Sonderstatus für den Donbass und eine Regelung für die Krim.

Das Sterben muss beendet werden. Helmut Schmidt forderte mitten im damals Kalten Krieg, als die Sowjets und die Amerikaner in Afrika und Asien schlimmste Stellvertreterkriege führten: „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute schießen.“<sup>7</sup> Ein Satz, der bis heute nicht an Bedeutung verloren hat.

### **Nicht nur in der Ukraine herrscht Krieg**

Bei den Fragen nach einer Beendigung von Krieg und Gewalt dürfen wir allerdings nicht nur die Ukraine sehen. Derzeit gibt es auf fünf Kontinenten schwere Kampfhandlungen, einige schon seit mehr als zehn Jahren. Konventionelle Kriege, in denen zum Teil auch chemische oder biologische Waffen eingesetzt werden, finden oft als Stellvertreterkriege statt – im strategischen, politischen und wirtschaftlichen Interesse großer Mächte, manchmal auch unmittelbar von globalen Konzernen oder zur Sicherung oder Ausweitung ihrer Einflusszonen.

---

<sup>6</sup> Kluge, Alexander: Lasst sie singen. In: Süddeutsche Zeitung 13. April 2022

<sup>7</sup> Schmidt, Helmut: Sicherheitskonferenz. München, 2014.

**Weltweit sind über 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Werden die Vertriebenen und die Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, dazugezählt, sind es 274 Millionen: in Afghanistan, Äthiopien, Jemen, Libyen, Sudan und Äthiopien, in Kongo, Myanmar und Syrien. Immer stärker werden einige Länder zu Ländern der Slums.<sup>8</sup>**

Weitere militärische Konflikte drohen. China erhöht ständig den Druck auf Taiwan. Was ist, wenn das Reich der Mitte das diplomatisch auch von Deutschland nicht anerkannte Land angreift? Rücken dann die Situation der Uigur\*innen, die Unterdrückung in Hongkong, die auf Kohlestrom basierende Herstellung der Batterien für E-Autos und generell der chinesische Unterdrückungsstaat ins politische und öffentliche Bewusstsein? Wird dann der Westen auch China, das bevölkerungsreichste Land der Erde und die Werkbank der Weltwirtschaft, zu isolieren versuchen, droht ein politischer Lockdown? Im südchinesischen Meer kommt es bereits zu einer starken Konzentration von Streitkräften. Auch die Krise in Belarus ist längst ein Problem von internationalem Ausmaß geworden. Was droht der Welt, wenn es nicht zu mehr Gemeinsamkeit kommt?

### **Ein konventioneller Krieg unter dem Atomschirm Russlands**

Kriege haben eine innere Dynamik der Eskalation, deren Folgen kaum vorherzusagen und nur schwer zu stoppen sind. Trotz der furchtbaren Erfahrungen zweier Weltkriege wird immer wieder mit dem Feuer gespielt. Und zwar ohne Unterschied in Ost wie in West. Die moralische Bilanz des Westens ist nämlich auch alles andere als vorbildlich.

Dennoch: Der Ukraine-Krieg hat eine qualitativ neue Dimension, weil er unmittelbar mit einer Atommacht verbunden ist. Erstmals nach dem Ende der in Ost und West geteilten Welt findet an der Grenze zur NATO ein Krieg statt. So kann selbst die Gefahr eines nuklearen Infernos nicht ausgeschlossen werden.

### **Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI verfügte Russland 2020 über 6.255 Atomwaffen, von denen fast 1.600 einsatzbereit sind.<sup>9</sup>**

Weltweit werden rund 13.100 Atomsprengköpfe gezählt, 3.825 von ihnen könnten sofort eingesetzt werden. Vor allem Russland, die USA und China stocken ihre Arsenale weiter auf und modernisieren die atomaren Waffensysteme. Der Trend sind Hyperschallraketen, gegen die es kaum noch Vorwarnzeiten gibt. Die Bereitschaft zum Abbau der Atomwaffen ist vorbei. Bei SIPRI heißt es dazu: „Sowohl Russland als auch die USA scheinen die Bedeutung, die sie den Atomwaffen ... beimessen, zu erhöhen.“<sup>10</sup>

Die USA, Russland und China, deren Interessen im Ukraine-Krieg unmittelbar oder mittelbar berührt sind, verfügen über weit mehr als 90 Prozent der atomaren Sprengköpfe. Noch be-

---

<sup>8</sup> Zahlen nach UNHCR: <https://www.unhcr.org/>

<sup>9</sup> SIPRI-Report 2021: [https://sipri.org/sites/default/files/2021-06/yb21\\_10\\_wnf\\_210613.pdf](https://sipri.org/sites/default/files/2021-06/yb21_10_wnf_210613.pdf)

<sup>10</sup> Kristensen, Hans M.: SIPRI-Bericht zur atomaren Bedrohung. Stockholm, 2021.

unruhigender ist die Illusion einzelner Militärstrateg\*innen, auch in der NATO, dass miniaturisierte Atomwaffen einen Krieg gewinnbar machen könnten. Ein derartiger Krieg wäre nicht mehr zu stoppen, wenn er einmal gewollt oder auch ungewollt in Gang gesetzt würde. Russland verfügt zudem angeblich über Hyperschallraketen, von denen – so die Behauptung – eine als Warnung bereits in der Ukraine eingesetzt worden sei. Über derartige Waffensysteme verfügen vermutlich auch die USA bereits oder tun es schon bald.

### **Die Atombombe hat alles verändert, aber nicht das Denken**

Nach Albert Einstein habe die Atombombe alles verändert, nur nicht das Denken der Menschen. Offenbar ist Umdenken das Schwerste. Mörderische Waffensysteme können jeden Punkt der Erde treffen. Sie haben die Welt verändert. Die braucht deshalb ein neues Denken, das sich aus der Verantwortung für das Überleben der Menschheit ergibt. Das alte Denken sucht dagegen „zu seiner Rückversicherung“, – wie Egon Bahr und Dieter S. Lutz schrieben – „seine Vorbereitung und die Fähigkeit, einen Krieg führen und gewinnen zu können – obwohl doch eben niemand mehr gewinnen kann“<sup>11</sup>.

Natürlich hat es nach der Kuba-Krise von 1962 in Geheimverhandlungen vernünftige Absprachen über militärische Begrenzungen und Gefahrenabwehr gegeben. Das „rote Telefon“ wurde eingerichtet. Das war gut so, aber als Grundideologie ist bis heute „das Zwillingsspaar Aufrüsten und Abschreckung“ geblieben, also das alte Denken. Dabei hat die Entwicklung der Militärindustrie ihr längst den Boden entzogen.

Die atomare Bedrohung nimmt heute wieder zu, Abrüstungsverträge wurden aufgekündigt, Rüstungskontrollverhandlungen kommen nicht voran. Der Open-Skies-Vertrag wurde beendet. Merkel-Berater und Brigadegeneral a.D. Erich Vath warnt, „etwaige Lieferungen schwerer Waffen könnten unter den heutigen Bedingungen den Weg in den dritten Weltkrieg ebnen ... Wir machen im Augenblick sehr viel Kriegsrhetorik – aus guter gesinnungsethischer Absicht“, aber wir müssten „den Krieg vom möglichen Ende her [...] denken“<sup>12</sup>. Das aber geschieht viel zu wenig.

Das Wechselspiel zwischen Realpolitik und Vertretung der Menschenrechte muss neu fixiert werden. Ja, natürlich braucht eine überzeugende Politik einen moralischen Boden, aber sie muss auch die realpolitischen Zusammenhänge sehen und beachten.

### **Hass und Waffen bringen keinen Frieden**

Die Gefahr eines Atomschlages scheint vielen westlichen Bellizist\*innen, die zu einem „Kreuzzug gegen das Böse“ aufrufen, nicht hinreichend klar zu sein oder sie wird von ihnen heruntergespielt. Russland müsse mit schweren Waffen begegnet werden, das sei die moralische Pflicht des Westens, so ihre Botschaft. Russland müsse militärisch wie wirtschaftlich

---

<sup>11</sup> Bahr, Egon/Lutz, Dieter S.: Gemeinsame Sicherheit. Idee und Konzept. Baden-Baden, 1986.

<sup>12</sup> Vath, Erich: Ex-Merkel-Berater warnt bei Waffenlieferungen vor Drittem Weltkrieg. In Nordkurier 12. April 2022.

in die Knie gezwungen werden. Und der russischen Führung müsse wie der Hydra der Kopf abgeschlagen werden. Stärker als die Konsequenzen eines Nuklearkrieges wiegt für diese Streiter\*innen gegen das Böse, den Krieg gegen den russischen Autokraten um jeden Preis zu führen.

Das ist der kurzsichtige Tenor in transatlantischen Thinktanks, abgeleitet von einem Denken in abgeschotteten Bunkern, also weit weg von der Realität. Dabei ist auch der Westen dabei sich zu isolieren. Es ist natürlich nicht so, dass Putin vom Rest der Welt geschätzt wird. Aber auch gegenüber dem Westen gibt es erhebliche Vorbehalte und geschichtliche Belastungen.

Die New York Times, die einflussreichste Zeitung der USA, hält deshalb dagegen. Sie fordert das Weiße Haus auf, alles zu tun, eine Ausweitung des Krieges zu stoppen: „Hass und Waffen werden keinen Frieden bringen.“ Sie warnt vor einer Ausweitung des Krieges, der andernfalls „eine unvorhersehbare und potenziell eskalierende Richtung einschlagen“ könne, auch gegenüber dem Westen.<sup>13</sup>

In der Washington Post mahnte die Kolumnistin Katrina vanden Heuvel: „Das oberste moralische Gebot lautet, den Krieg in der Ukraine zu stoppen. Angesichts der Fehleinschätzungen Putins über den erbitterten Widerstand der Ukrainer und die Hilfe und Bewaffnung durch die NATO ist wahrscheinlich, dass der Krieg immer brutaler und kostspieliger wird, der sich Block für Block durch die ukrainischen Städte und Ortschaften zieht.“<sup>14</sup>

## **15 Atomreaktoren in der Ukraine**

Zudem muss ein weiterer Punkt atomarer Gefahr gesehen werden: Auf dem Gebiet der Ukraine stehen 15 Druckwasserreaktoren an vier Standorten, zum Teil inmitten von Kampfhandlungen. Das stellt eine erhebliche Gefahr dar, wenn es zum Beispiel durch den Krieg zu einem Ausfall der Reaktorkühlung käme und so zu einer Kernschmelze. Ein derartiges Inferno wird im Krieg gegen die Ukraine denkbar.

Russische Truppen stürmten bereits das Atomkraftwerk Saporischschja, mit seinen sechs Blöcken das größte des Landes. Die Gefechte fanden nur 250 Meter neben den Reaktoren statt. Besetzt wurde auch das inzwischen mit allen Blocks stillgelegte Atomkraftwerk Tschernobyl, bei dem am 26. April 1986 der 4. Block implodierte und die bisher größte Katastrophe in der zivilen Nutzung der Atomenergie ausgelöst hat.

Im Ukraine-Krieg wühlten russische Soldat\*innen bei einem Einsatz in der Geisterzone um die Kleinstadt Prypjat mit ihren schweren Militärfahrzeugen den hochgradig verseuchten Bo-

---

<sup>13</sup> New York Times: Leitartikel Editorial Boards zum Ukraine-Krieg am 22. Mai 2021. New York

<sup>14</sup> Heuvel, Katrina vanden: Wie man einen neuen Krieg vermeiden kann und was Amerika wirklich braucht. In: Washington Post 15. März 2022 (zitiert nach der Übersetzung von der Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT“: <https://neue-entspannungspolitik.berlin/katrina-vanden-heuvel-in-der-washington-post-wie-man-einen-neuen-kalten-krieg-vermeiden-kann-und-was-amerika-wirklich-braucht/> )

den auf und setzten beträchtliche Mengen an Radioaktivität frei. Nicht zuletzt hat die russische Besetzung der ukrainischen AKWs eine hohe energiepolitische Bedeutung, denn über 50 Prozent der Elektrizität in der Ukraine stammt aus der Nuklearwirtschaft.

### **Die Angst vor China steht im Hintergrund**

Im Hintergrund des Krieges steht die Frage nach den Einflusszonen der großen Militärmächte und die wachsende Macht neuer Großmächte. Das muss vor dem Aufstieg Chinas und – abgeschwächt – auch Indiens gesehen werden. Heute wird die Welt nach den Interessen starker Mächte neu geordnet. Alte Sicherheiten brechen weg, nicht nur in Europa.

Es geht um die künftige Ordnung der Welt, auch um die Frage, ob und wie die USA ihre Vorherrschaft sichern können. Viel steht auf dem Spiel, nicht nur für die beiden alten militärischen Supermächte, sondern auch für die neue dritte Großmacht China, die aufstrebende Großmacht Indien und das bevölkerungsreiche Afrika, die alle drei – Afrika mehrheitlich – aus geostrategischen Gründen nicht wollen, dass Russland in der Ukraine verliert.

Bislang wird die Eskalationsspirale weiter angeheizt. Dabei ist es an der Zeit, ernsthaft darüber nachzudenken, wie dieser Krieg schnell beendet werden kann. Was die Ukraine, was Europa braucht, ist die Sprache eines neuen und stabilen Friedens und nicht die des Bellizismus. Die Waffen nieder, so muss das Motto heißen. Die Alternative ist ein grauenhafter und lang andauernder Zermübungskrieg, bei dem vor allem die Menschen der Ukraine leiden und sterben müssen.

### **Krieg darf kein Mittel der Politik sein**

Willy Brandt forderte einen Tag nach der Entgegennahme des Friedensnobelpreises in seinem vielbeachteten Vortrag „Friedenspolitik in unserer Zeit“ an der Osloer Universität: „Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur zu begrenzen. Kein nationales Interesse lässt sich heute noch von der Gesamtverantwortung für den Frieden trennen.“<sup>15</sup>

Zurück zu Theodor W. Adorno und einer heutigen Schlussfolgerung seiner These: Ein richtiges Leben ist in der heutigen „ungleichen, überbevölkerten, verschmutzten und störanfälligen Welt“ (Brundtland-Bericht)<sup>16</sup> nicht zu trennen von der sozialen und ökologischen Gestaltung der Wirtschaft und einer fairen Zusammenarbeit aller Staaten der Welt. **Deshalb ist die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben auf mehr Gemeinsamkeit angewiesen, auch mit Russland, dem größten und ressourcenreichsten Land der Erde. Wie sonst soll es zu einem globalen Klima- und Ressourcenschutz kommen?**

---

<sup>15</sup> Brandt, Willy: Friedenspolitik in unserer Zeit. Oslo, 1971.

<sup>16</sup> Hauff, Volker: Unsere Gemeinsame Zukunft. Greven, 1987.

Papst Franziskus hat in seiner Osterbotschaft am 17. April 2022 den „grausamen und sinnlosen Krieg in der Ukraine“ scharf verurteilt und gemahnt, dass „die Menschen für den Frieden eine gemeinsame Zukunft brauchen“. Er habe sich geschämt, als er davon hörte, dass eine Reihe von Staaten immer mehr Geld für das Militär ausgeben und die Wehretats auf zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung erhöhen will.<sup>17</sup> Dieses Geld wird schmerzlich fehlen, um die „sozialen und ökologischen Schmerzen unseres Planeten zu heilen“<sup>18</sup>.

### **Ein richtiges Leben braucht den Frieden**

Ein gutes Leben braucht den Frieden. Der Frieden braucht ein gutes Leben. Der Philosoph Michael Hirsch warnte, dass „schwere Krisen nicht zu einer Abkehr von den Denkweisen führen, die sie verursacht haben“. Und weiter: „Anstatt das Bestehende als falsch zu kritisieren ..., droht sich die Grundstimmung intellektueller Arbeit zu wandeln - und mit ihr die herrschende Sprache.“ So könne es in der Folge zu einer „Brutalisierung der Welt“ kommen. Das „Eintreten für einen anderen Zustand der Welt erfordere nicht weniger, als das fast Unmögliche zu denken, um den Humanismus vor und in einer katastrophischen Zeit zu retten“.<sup>19</sup> Darum geht es im Jahrzehnt der Extreme, in dem die Menschheit vor der gewaltigen Herausforderung steht, den Frieden durch Abrüstung und Zusammenarbeit und eine soziale und ökologische Gestaltung der Welt zu sichern.

## **II. Der Krieg hat eine Vorgeschichte**

Der Kern der Kritischen Theorie ist die schonungslose Analyse der Wirklichkeit, die sich nicht von kurzfristigen Stimmungen leiten lässt, sondern unter die Oberfläche schaut, Zusammenhänge erkennt und fortschrittliche Perspektiven entwickelt. Sie ist das Gegenteil des „Regimes der kurzen Frist“. Das kennt nur ein Hier und Jetzt, lässt sich von kurzfristigen Interessen leiten und übt Macht aus, ohne Verantwortung zu übernehmen.<sup>20</sup>

Die Bewertung des Ukraine-Krieges muss den Anforderungen der Kritischen Theorie gerecht werden, zumal er auch in historischen, kulturellen und politischen Zusammenhängen zu sehen ist. Auch weitergehende Interessen müssen bewertet werden. Die Fragen gehen weit über den Krieg hinaus, sie betreffen die Zukunft der europäischen und internationalen Ordnung und die Herausforderungen, die auf uns zukommen.

Umso weniger darf es einen Grund geben, einfach in Schwarz-Weiß-Schablonen zu denken. Die Vorgeschichte, die Interessen und der internationale Zusammenhang des Ukraine-Krieges sind kompliziert.

---

<sup>17</sup> Papst Franziskus: Osterbotschaft Urbi et Orbi. Rom, 2022.

<sup>18</sup> Enzyklika von Papst Franziskus: Laudato Si'. Freiburg im Breisgau, 2015.

<sup>19</sup> Hirsch, Michael: Richtig falsch: Es gibt kein richtiges Leben im Falschen. Hamburg, 2019.

<sup>20</sup> Sennet, Richard: Der flexible Mensch: Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin, 2005.

Die Fragen sind: Welche Interessen wirken beim Ukraine-Krieg im Hintergrund? Welche Vorgeschichte gehört zum Konflikt? Warum wurden die Chancen für eine europäische Friedensarchitektur nicht genutzt, die sich 1990, nach dem Ende der in Ost und West geteilten Welt, aufgetan haben? Wer hat sie und warum blockiert? Welche Interessen verfolgen die USA? Was waren die Hindernisse, an denen die Charta von Paris für ein neues Europa gescheitert ist? Warum wurde die europäische Friedens- und Entspannungspolitik nicht weiterentwickelt?

### **Im Krieg stirbt auch die Wahrheit**

Es gibt keine Rechtfertigung für Krieg, aber die Kriege der Vergangenheit haben oft in ernüchternder Weise gezeigt, dass im und für den Krieg die Wahrheit stirbt. Das war in Vietnam so, als ein angeblicher Angriff auf ein amerikanisches Marineschiff zum Anlass genommen wurde, in den französisch-vietnamesischen Krieg einzugreifen.

Oder 1999 im Jugoslawienkrieg, als der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping zusammen mit dem BND den sogenannten Hufeisenplan gegen den Kosovo präsentierte, weil sie sich von ihren Informant\*innen täuschen ließen.

Oder 2003 bei dem Auftritt des amerikanischen Außenministers Colin Powell im UN-Sicherheitsrat, der konstruierte Beweise über Massenvernichtungswaffen im Irak vorlegte, die einen schrecklichen, bis heute nachwirkenden Krieg begründen sollten.

2013 die Behauptung der USA über den Einsatz von Giftgas in Syrien, die umgehend von amerikanischen Wissenschaftler\*innen des renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Boston zurückgewiesen wurde.

Oder auch Putins falsche Behauptung von der Dominanz eines Neonazismus in der Ukraine, wobei es ohne Zweifel auch starke rechtsnationalistische Gruppen in der Ukraine gab und gibt.

Und immer wieder wurden von den USA auch örtliche Unterstützer\*innen des Krieges aufgerüstet, die sich später als fundamentalistische Krieger\*innen gegen alles erweisen sollten, was nicht islamistisch war, so zum Beispiel die Taliban oder der IS.

Kriege fallen nicht vom Himmel, sie haben eine Vorgeschichte. Dahinter stehen Interessen, Größenwahn und Machtstreben. Unschuldige Zivilist\*innen sind seit dem ersten Weltkrieg die große Mehrheit der Leidtragenden. Sie können sich gegen schwere Waffen kaum schützen. Das trifft auch auf die Ukraine zu, wo ein neues Kapitel in dem Drama von Krieg und Gewalt aufgeschlagen wurde.

### **Die historischen Wurzeln des Krieges**

Schlagen wir das Buch des Ukraine-Krieges auf. Zuerst zu den historischen Wurzeln des Konflikts in der Ukraine: Im osteuropäisch-slawischen Bereich, der über eine lange Zeit unter den imperialen Mächten Russland, Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich eingekeilt und aufgeteilt war, vollzog sich die Nationenbildung erheblich schwieriger und mit

beträchtlicher Verzögerung. Das trifft besonders auf die Ukraine zu, die in mehrfacher Hinsicht eng mit der russischen Nationalidee verbunden ist.

Der Westen muss verstehen, dass die Ukraine für Russland niemals nur ein anderes Land sein kann. Die russische Geschichte begann nämlich in der sogenannten Kiewer Rus des 9. bis 12. Jahrhunderts. Kiew wurde als „Mutter aller russischen Städte“ bezeichnet und war im 11. und 12. Jahrhundert eine der größten Städte Europas. Darauf geht der nationalstaatliche Ursprungsmythos zurück. Von dort verbreitete sich die russische Religion. Ein großer Teil der Ukraine war seit Jahrhunderten ein Teil Russlands, die Geschichte beider Länder war eng miteinander verflochten. Einige der wichtigsten Schlachten für Russland, angefangen mit der von Poltawa im Jahr 1709, fanden auf ukrainischem Boden statt. Selbst Dissidenten wie Alexander Solschenizyn bestanden darauf, dass die Ukraine ein fester Bestandteil der russischen Geschichte ist.

### **Die schwierige Suche nach der nationalen Identität**

Einen selbstständigen ukrainischen Staat gab es historisch nur jeweils eine kurze Zeit: Nach 1648 mit dem Hetmanat von Bohdan Chmelnjyckj und nach der Abdankung des Zaren 1917 mit der Bildung der Zentralrada, als die bürgerliche Konstituante und die Bolschewiki um die Macht kämpften. Die Westukraine kam infolge des polnisch-russischen Krieges von 1920 zu Polen. Vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert gehörten Ostgalizien, Wolhynien und Bukowina zum österreichischen Teil der Donaumonarchie, die im Gegensatz zu den Russifizierungsmaßnahmen des Zarenreichs die ukrainische Sprache und Literatur gefördert hat. Lemberg, die bedeutendste Stadt der Westukraine, jahrhundertlang bewohnt von unterschiedlichen Nationalitäten, hatte bis zur Aussiedlung der dort lebenden Polen nach 1945, als auch dieser Teil sowjetisch und somit ukrainisch wurde, eine zentrale Bedeutung sowohl für das polnische als auch ukrainische Nationalbewusstsein und ebenso für das osteuropäische Judentum.

1932/33 kam es in der Ukraine zu einer der größten humanitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts, die heute eine begründende Rolle für die Distanzierung von Russland spielt. Dem Holodomor, der großen Hungersnot in der Ukraine, fielen je nach Untersuchung 3,5 bis 6 Millionen Menschen zum Opfer, ethnisch nahezu ausschließlich Ukrainer\*innen. Damit starben mindestens mehr als 10 Prozent der ukrainischen Bevölkerung, die damals 29 Millionen Einwohner\*innen betrug.

Im Zuge der Industrialisierung sprach Josef Stalin von einem „Krieg gegen die Bauern“, die er als „Menschen zweiter Klasse“ ansah. Vorangegangen war eine schlechte Ernte im Jahr 1931 und die Zwangskollektivierung der Bäuer\*innen. Es wurden harte Naturalienstrafen gegen 90 Prozent der Dörfer verhängt, weil sie die weit überhöhten Vorgaben nicht erfüllen konnten. Ein erheblicher Teil des Getreides wurde ins Ausland verkauft, um mit den Einnahmen industrielle Investitionsgüter zu bezahlen. In dieser Zeit kam es zu umfassenden und blutigen Säuberungen gegen die untere und mittlere Ebene der Nationalkommunist\*innen und gegen die ukrainische Intelligenz, später auch gegen die ukrainische Parteiführung.

Der westliche Teil der Ukraine wurde 1939 in die Sowjetunion eingegliedert, als Stalin und Adolf Hitler die Grenzen neu zogen. Stepan Bandera gehörte damals zum Führungskader der nationalistischen ukrainischen Bewegung (O.U.N.) und war ein Anführer deren geheimer Partisanenorganisation (U.P.A.), die beide eine unabhängige Ukraine wollten. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 22. Juni 1941 setzten die Nationalist\*innen die Hoffnung auf die Wiederherstellung des ukrainischen Staates und dachten an eine eigenständige Beteiligung an dem deutschen „Unternehmen Barbarossa“ zur Eroberung der Sowjetunion. Das wurde ihnen von den Nationalsozialist\*innen nicht zugestanden, doch Bandera war zuständig für die Organisation von Verhaftungen und Massenerschießungen. Nach seiner Verhaftung durch die Deutschen war er ein „Ehrenhäftling“ im Konzentrationslager Dachau. In Russland, Polen und Israel gilt Bandera als Kriegsverbrecher. In großen Teilen der Ukraine wird er hingegen als Nationalheld verehrt. 1959 wurde er in München von einem KGB-Agenten ermordet. Heute werden in der Ukraine Bandera-Kampftruppen aufgestellt.

### **Zur nationalen Entwicklung**

Die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine vom 28. August 1991 war eine Folge des Zerfalls der Sowjetunion. Seit dem 14. Jahrhundert stand die Ukraine in irgendeiner Form unter Fremdherrschaft. Unter den diversen national-kulturellen und national-politischen Bestrebungen im östlichen Europa war der Prozess in der Ukraine in besonderer Weise historisch und politisch beladen.

- Auf der einen Seite ist die ukrainische Nationalidee eng verbunden mit der russischen, wobei es nicht nur um die sprachliche Verwandtschaft und die religiösen orthodoxen Konfessionen geht.
- Auf der anderen Seite gibt es eine starke westliche Orientierung und die Bindung an die „unierte“ Kirche. Ein Beispiel für die kulturelle Differenzierung: In der Stichwahl zur Präsidentschaft im November 2004 erreichte der „prowestliche“ Kandidat Wiktor Juschtschenko in den Regionen des Westens und der Mitte bis zu 93 Prozent, der „pro-russische“ Wiktor Janukowytsch im Osten und Süden bis zu 96 Prozent der Stimmen. Beide Seiten bemühten sich, die Ukraine stärker an den jeweiligen, also den westlichen oder den östlichen Einflussbereich zu binden.

Der Umbauprozess nach 1991 verlief schleppend, die Oligarchenmacht blieb ungebrochen – nicht anders als in Russland auch. Die erhebliche kulturelle und politische Kluft zwischen dem Westen und der Mitte des Landes einerseits und dem Osten und dem Süden andererseits blieb. Eine Schaukelpolitik bestimmte die Entwicklung der Ukraine.

Das Land fand keine Stabilität und Ruhe, Korruption und Vetternwirtschaft prägten das Bild. Der geplante wirtschaftliche Zusammenschluss mit Russland musste nach wenigen Tagen ebenso widerrufen werden wie das Ziel einer Assoziierung mit der EU. Der innenpolitische Widerstand war in beiden Fällen zu stark. Es fehlten die einigende Idee für den Zusammenhalt des Landes und eine politische Elite, die glaubwürdig war.

## **Der Maidan-Prozess als Katalysator**

Auch die Maidan-Bewegung, die prowestliche Oppositionsbewegung, die Ende 2013 mit Demonstrationen auf dem Platz der Unabhängigkeit (Maidan Nesaleschnosti) in Kiew begann, brachte viel Bewegung, aber substantiell erst einmal keine Verbesserung. Sie stürzte allerdings das unter maßgeblich ausländischer Vermittlung erzielte Minsk-I-Abkommen, das unter anderem Neuwahlen vorsah. Auslöser der Proteste war der 21. November 2013, als der ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch unter russischem Druck die Unterschrift unter das EU-Assoziierungsabkommen verweigerte. Vor allem Student\*innen gingen deshalb auf die Straße.<sup>21</sup>

Im Januar 2014 flammten die Proteste erneut auf und schlugen in Gewalt um. Die Polizei schoss bei den Demonstrationen vom 18. bis 20. Februar auf die Teilnehmer\*innen. Rund 100 Personen wurden getötet, nahezu 1.000 verletzt. Der Konflikt weitete sich aus, nationalistische Kräfte versuchten, ihn für ihre Politik auszunutzen.

Am 27. Februar 2014 umstellten bewaffnete Männer das Regionalparlament auf der Krim. Die Krim war 1954 von Nikita Chruschtschow der Ukrainisch Sozialistischen Sowjetrepublik zugeordnet worden und blieb nach der Auflösung der Sowjetunion bei der Ukraine. Die Halbinsel wurde mit russischer Hilfe annektiert. Russland stationierte an der Ostgrenze der Ukraine rund 40.000 Soldat\*innen.

### **Minsk I**

Das Protokoll von Minsk ist die schriftliche Zusammenfassung der trilateralen Beratungen aus OSZE, Russland und der Ukraine zur Umsetzung des Friedensplans der beiden Präsidenten Petro Poroschenko und Wladimir Putin. Das Protokoll wurde am 17. Februar 2014 als völkerrechtlich geltender Vertrag mit der Nummer 2202 im UN-Sicherheitsrat verabschiedet. Hauptziel war ein stabiler Waffenstillstand, doch bereits im September 2014 flammten in Donezk die Kämpfe wieder auf.

### **Minsk II**

Auf Initiative von Deutschland und Frankreich kam am 12. Februar 2015 ein erneuter Waffenstillstand zustande. Am 21. Februar 2022 erklärte Putin den Vertrag als wirkungslos. An demselben Tag unterzeichnete er die Anerkennung der selbstproklamierten, international nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk als selbstständige Staaten und ordnete die Entsendung russischer Truppen in die besetzten Gebiete an.

Beide Verträge wurden von großen Teilen der Ukraine kritisch bis ablehnend gesehen. Es gab auf beiden Seiten immer wieder Verletzungen. Deutschland und Frankreich wurde von ukrainischer Seite der Vorwurf gemacht, zu sehr die russischen Interessen berücksichtigt zu haben.

---

<sup>21</sup> Weisflog, Christian/Mijnssen, Ivo: Chronologie der Maidan Revolution. In: NZZ am 22. April 2022.

### **Normandie-Format**

Der Begriff Normandie-Format bezieht sich seit Juni 2014 auf eine semi-offizielle Kontaktgruppe zu dem Krieg in der Ostukraine vornehmlich auf Regierungs- und Außenministerbene zwischen Russland, Ukraine, Frankreich und Deutschland. Er geht zurück auf ein Treffen in der Normandie am Rande der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten im Zweiten Weltkrieg.

Am 12. April 2014 begann der Krieg in der Ostukraine. Vorangegangen waren starke Proteste der russischen Bevölkerung im Donbass gegen die Maidan-Bewegung, die auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führten. Am 17. Juli 2014 schossen prorussische Separatist\*innen dabei über der Stadt Tores das zivile Flugzeug MH 17 auf dem Flug von Amsterdam nach Kuala Lumpur ab, bei dem alle 298 Passagier\*innen, darunter 80 Kinder, starben. Die Situation im Osten der Ukraine eskalierte immer wieder, wobei die OSZE auf beiden Seiten gewaltsame Übergriffe registrierte.

Dem Minsker-Abkommen vom Februar 2014 für einen Waffenstillstand folgte 2015 unter der Moderation von Angela Merkel und des französischen Staatspräsidenten François Hollande das zweite Minsker Abkommen. Auch dieses blieb weitgehend folgenlos. Weder zogen die Konfliktparteien im Donbass ihre schweren Waffen ab, noch kamen politische Lösungen voran. Täglich kam es zu Gefechten und Verletzungen des Abkommens in dieser Industrieregion. Die Folgen waren unter anderem zweieinhalb Millionen Binnenflüchtlinge innerhalb der Ukraine. Über 11.000 Kämpfer\*innen und knapp 4.000 Zivilist\*innen starben bei Kämpfen bereits vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges.

Die USA begannen 2014 unter Präsident Barack Obama mit Waffenlieferungen an die Ukraine. Nach Informationen der Kiewer Regierung wurden schon im ersten Jahr militärische Hilfen für 1,5 Milliarden US-Dollar geliefert, vor allem Drohnen und Panzerabwehrraketen. Vermutlich ist die Summe zu tief angesetzt. Bereits seit 2008 wurden in der Ukraine NATO-Maßnahmen wie „Rapid Trident“ durchgeführt.

Wesentlich ist, dass mit der Maidan-Bewegung und den separatistischen Reaktionen im Osten der Ukraine, vor allem in den beiden Regionen Donezk und Luhansk im Donbass, der Schwebezustand der Ukraine beendet wurde. Der größere Teil des Landes schickte sich an, eine von Russland politisch wie kulturell abgegrenzte prowestliche Nationalität zu gewinnen. Die Trennungslinie deckte sich weitgehend mit der konfessionellen Trennung im Land. Der Graben zu den russischsprachigen Teilen des Landes wurde tiefer. Die Moderation ausländischer Parteien war nicht in der Lage, den Riss zu kitten. Die äußeren Faktoren vertieften die Spaltung.

2019 wurde mit großer Mehrheit der Schauspieler und Jurist Wolodymyr Selenskyj, der keiner der großen Oligarchengruppen des Landes angehörte, zum Präsidenten gewählt. Zwar wurde seine Amtsführung durchaus kritisch gesehen, die Süddeutsche Zeitung schrieb am 25. Februar 2021: „Selten ist ein Präsident in der Gunst seiner Wähler so schnell und so steil

abgestürzt wie Selenskyj in der Ukraine.“ Der Hauptgrund, so die SZ, sei ein Unwille zu echten Reformen.<sup>22</sup>

Parlament wie Regierung gaben durchaus widersprüchliche Signale. Einerseits beschloss das ukrainische Parlament 2019 mit 334 von 450 Stimmen eine strategische „Orientierung zum vollständigen Beitritt zur EU und zur NATO“. Auch der EU-Beitritt sollte schnellstmöglich erfolgen. Andererseits zeigte sich Präsident Selenskyj in öffentlichen Erklärungen durchaus gesprächsbereit, über den Status des Donbass und der Krim zu verhandeln. Faktisch geschah wenig.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass auch die Ukraine vergleichsweise zurückhaltend bis ablehnend war, die Verträge von Minsk mit Leben zu erfüllen. Im Gegenteil: nationalistische Scharfmacher\*innen in Kiew haben die Abkommen nicht gewollt und nehmen ihr Zustandekommen der deutschen und der französischen Regierung übel, weil sie angeblich zu sehr die russischen Interessen berücksichtigt hätten. Von daher gab es eine Kette von Fehlern, Blockaden und Unzulänglichkeiten, die dem Ausbruch der Gewalt vorausgegangen sind. Das alles rechtfertigt keinen Krieg.

Am 23. Februar 2022 erklärte Wladimir Putin der Ukraine den Krieg, einen Krieg, den er so zu nennen schärfstens verboten hat. In russischer Lesart ist er eine „Spezialoperation zur Entnazifizierung und Befreiung der Ukraine“. In der Nacht zum 24. Februar 2022 begann die mit rund 190.000 Soldat\*innen groß angelegte Invasion in das Nachbarland. Unter dem Druck des Krieges verfestigte sich in Teilen der Ukraine ein nationaler Einigungsprozess. Das ukrainische Volk leistet seitdem erbitterten Widerstand.

### **Die internationalen Verflechtungen**

Bei allem, was es in den vergangenen drei Jahrzehnten an Fehlern und Versäumnissen des Westens wie der Ukraine und natürlich auch Russlands gegeben hat, eine Rechtfertigung für den Krieg geben sie nicht her. Dennoch muss vor allem die Verschiebung der Einflusszonen nach dem Ende der in Ost und West geteilten Welt als ein wesentlicher Faktor gesehen werden. Die internationale Ordnung war in der Nachkriegszeit eine Politik der Einflusszonen, die im Gefolge des Zweiten Weltkriegs entstanden ist und die Grundlage dafür war, dass aus dem Kalten Krieg kein heißer Krieg wurde.<sup>23</sup>

### **Die Politik der Einflusszonen**

Beide Seiten erkannten wechselseitig die unterschiedlichen Einflusszonen an. Dabei wurden zum Beispiel Militärputsche in Lateinamerika, der Krieg in Vietnam oder auch in Afghanistan, verdeckte und offene Militäroperationen von Moskau „geduldet“, wie umgekehrt in Washington die russischen Unterdrückungen und Zwangsmaßnahmen, Einmärsche in Ungarn, die Tschechoslowakei oder auch der in Afghanistan hingenommen wurden.

---

<sup>22</sup> Hassel, Florian: Korrupt wie eh und je. In: Süddeutsche Zeitung am 25. Februar 2021

<sup>23</sup> Münkler, Herfried: Die Wiederkehr der Einflusszonen. In: Die Zeit vom 10. Februar 2022.

Die Friedens- und Entspannungspolitik hatte unter diesen Bedingungen das Ziel, den Spielraum für Vertrauensbildung und menschliche Erleichterungen zu erweitern. Es waren in erster Linie politische Bemühungen auf staatlicher und parteilicher Ebene, aber nicht nur. In den 1970er- und 80er-Jahren, der Hochzeit der Friedens- und Entspannungspolitik, gab es in Deutschland auch viele Initiativen zu den Menschenrechtsfragen, zum Beispiel in der Rowohlt-Buchreihe von Freimut Duve oder in L 80, der Zeitschrift für Literatur und Demokratie, herausgegeben von Heinrich Böll, Günter Grass, Karola Stern und Johano Strasser.

Sie alle traten für die Friedens- und Entspannungspolitik ein und sahen hierin eine wichtige Grundlage auch für die Menschenrechtspolitik. Heute muss unter veränderten Bedingungen das Wechselverhältnis zwischen Realpolitik und Menschenrechten neu tariert werden.

1989/1990 brach die alte Ordnung zusammen. Gorbatschow hatte versucht, die Sowjetunion mit Hilfe von Glasnost und Perestroika zu modernisieren. Seine Politik öffnete sich dem Westen, dem er – vor allem der deutschen Politik – großes Vertrauen entgegenbrachte. Es kam zur deutschen Einheit und Überwindung der Teilung Europas.

Diese historische Wende wurde durch die sowjetische Führung möglich, besonders durch Michail Gorbatschow. Daran müssen wir uns auch 32 Jahre später erinnern. Die Realpolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt, von Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher hat die Grenzen in Europa neu gezogen und für Menschenrechte und Entspannung große Fortschritte gebracht.

### **Gebrochene Zusagen**

Es trifft zu, dass es kein rechtlich und politisch verbindliches Dokument gibt, in dem der Westen 1990 auf eine Ausdehnung der NATO über Ostdeutschland hinaus verzichtet hätte. Aber es gab gegenüber der sowjetischen Führung mehrere mündliche Zusagen auf höchster Ebene, von denen die Westmächte, vor allem die USA, später, als es konkret wurde, nichts mehr wissen wollten.<sup>24</sup>

Das von US-Außenminister James Baker, Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher an Gorbatschow gegebene Versprechen, dass es nicht zu einer NATO-Osterweiterung kommen würde, wurde gebrochen.

Gorbatschow ist bis heute tief verbittert darüber, wie hochmütig und rücksichtslos der Westen in den letzten drei Jahrzehnten mit der NATO-Osterweiterung und der Aufkündigung beziehungsweise Nichtweiterentwicklung der Rüstungskontrollverhandlungen mit Russland und besonders mit ihm umgegangen sei. Für das russische Volk ist diese arrogante Behandlung nicht zuletzt eine Rechtfertigung für Putins Machtpolitik und eine Ursache für die heutigen Konflikte. Ihm fehlt die Anerkennung auf Augenhöhe.

---

<sup>24</sup> Der Spiegel: Moskaus Zorn und Putins Punkt. In: Der Spiegel vom 22. Februar 2022

Der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ vom 12. September 1990, der sowohl von den beiden deutschen Staaten als auch von Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den USA unterzeichnet wurde, stellte die Bereitschaft aller Beteiligten heraus, „die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung, und sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten“. Er fordert „die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)“.

### **Versäumte Chancen**

Der damalige Geist der Zusammenarbeit zeigt sich in der „Charta von Paris für ein neues Europa“, die am 21. November 1990 in der französischen Hauptstadt auf der KSZE-Konferenz von 32 europäischen Staats- und Regierungschef\*innen sowie denen von Kanada und den USA unterzeichnet wurde. Darin heißt es: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden. Europa befreit sich von dem Erbe der Vergangenheit. ... In Europa (bricht) ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an.“

In der Charta wurden acht Leitsätze für eine friedliche Zukunft festgelegt, die ein respektvolles und kooperatives Zusammenleben in Europa ermöglichen sollen. Doch die Gunst der Stunde wurde nicht genutzt, das Entgegenkommen Gorbatschows für eine neue Friedensordnung in Europa („Gemeinsames Haus Europa“) wurde sträflich missachtet. Tatsächlich war die große Sorge der USA, dass es beim Prozess der Einigung Deutschlands und Europas zu einer Schwächung, ja Auflösung der NATO zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems kommen könnte, wie sich das in der Charta von Paris abzuzeichnen schien.

### **Die NATO war aus Sicht Washingtons von Anfang an nicht nur die Gegenmacht zum Warschauer Pakt, sondern tatsächlich auch ein wichtiges Instrument der amerikanischen Hegemonie.**

1991 wurde Gorbatschow gestürzt, Boris Jelzin wurde neuer starker Mann im Kreml. Am 26. Dezember 1991 endete die Existenz der UdSSR. Die Auflösung des größten sozialistischen Staates markierte das Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West. Aber es fehlte innen- wie außenpolitisch ein überzeugendes Konzept für einen Neuanfang, Jelzin war ebenso überfordert wie der russische Staatsapparat.

Jelzin verordnete dem Land nicht nur eine katastrophale Stresskur, einen Kapitalismus pur, durch den die wirtschaftliche Leistungskraft Russlands nicht gestärkt wurde, sondern dramatisch absank. Die Außen- und Sicherheitspolitik war von dem widersprüchlichen Bestreben bestimmt, Russland in die „zivilisierte Staatengemeinschaft“ einzugliedern, aber zugleich in einem imperialen Gestus darauf angelegt, in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) die dominierende Rolle zu spielen und westliche Staaten aus der Region heraus

zu halten. Damit sollte auch der neue Unilateralismus der USA durch gezielte Allianzbildungen mit aufstrebenden Mächten, insbesondere mit China und Indien, eingegrenzt werden.<sup>25</sup>

### **NATO-Osterweiterung wurde vorangetrieben**

In dieser Zeit begann der Westen ohne Abstimmung mit Russland die Verhandlungen über den – angesichts historischer Erfahrungen – nachvollziehbaren Wunsch der neuen Regierungen im östlichen Mitteleuropa, in den baltischen Staaten und in Südosteuropa nach Eingliederung ihrer Länder in die NATO, die 1999 mit Polen, Tschechien und Ungarn begann. Insgesamt hat es fünf NATO-Osterweiterungen gegeben. 2004 und 2007 wurden die mittel- und südosteuropäischen Länder auch zu Mitgliedern der EU. Natürlich ist es das Recht dieser Staaten, Mitglied in EU und NATO zu werden. Aber eine andere Frage ist es, ob das ohne eine gesamteuropäische Friedensordnung vorangetrieben werden sollte.

Ist es nicht zumindest nachvollziehbar, dass die Verschiebung der westlichen Militärgrenze immer weiter nach Osten bis an die Staatsgrenze der Russischen Föderation, ohne dass es zu Vereinbarungen und Sicherheitsgarantien gekommen war, von jeder denkbaren Regierung in Moskau kritisch gesehen würde? Nicht nur, weil das die Politik der ausgestreckten Hand Gorbatschows desavouiert hat und damit eine tiefe Verletzung einer historischen Person war, der Europa viel zu verdanken hat.

Natürlich sicherte das „Budapester Memorandum“ vom 5. Dezember 1994, das die Verlegung der sowjetischen Atomwaffen, die in der Ukraine stationiert waren, in die Russische Föderation regelte und auch von den USA und der NATO befürwortet wurde, im Gegenzug der Ukraine die nationale Souveränität zu.<sup>26</sup> Dieser Teil des Memorandums wurde mit dem Überfall auf die Ukraine nicht eingehalten.

### **Putins Außen- und Sicherheitspolitik**

Am 7. Mai 2000 wurde Wladimir Putin Präsident der Russischen Föderation. Die Außen- und Sicherheitspolitik wurde neu justiert. Putin sah damals die Gefahr einer Isolation seines Landes, sogar einer Konfrontation mit dem Westen. Er suchte engere Beziehungen zur EU und auch zu den USA. Zentraler Grund war die Erkenntnis, dass sich die Kluft zwischen Russland und den westlichen Industriestaaten immer weiter öffnete.

Putin damals: „Erstmals seit den vergangenen 200 bis 300 Jahren läuft Russland tatsächlich Gefahr, auf den zweiten und möglicherweise sogar den dritten Rang unter den Staaten der Welt zurückzufallen.“<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> Timmermann, Heinz: Russlands Außen- und Sicherheitspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2003.

<sup>26</sup> Memorandum on Security Assurances in Connection with Ukraine's Association to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons. Kiev, 1994.

<sup>27</sup> Zitiert nach Forschungsgruppe Russland der Stiftung Wissenschaft und Politik. Studie vom 1. März 2002, Berlin.

Putin versuchte mit einer pragmatischen Politik als vollwertiger Mitspieler zu einer besseren Integration seines Landes in die internationale, vor allem europäische wirtschaftliche Arbeitsteilung zu kommen. 52 Prozent der Direktinvestitionen in Russland kamen Anfang der 00er-Jahre aus EU-Staaten, knapp 40 Prozent des russischen Außenhandels wickelte das Land mit der EU ab, zwei Drittel seiner Erdgas- und die Hälfte seiner Erdölexporte flossen nach Westeuropa.

Nach dem 11. September 2001 kam es auch zu einer stärkeren Annäherung an die USA. Putin und US-Präsident George W. Bush unterzeichneten den „Vertrag über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen“. In diesen Kontext fiel die Einbeziehung Russlands als vollwertiges Mitglied in die G-8-Gipfeltreffen und die Bildung des NATO-Russland-Rats, der Moskau in wichtigen Fragen das Recht auf Mitsprache einräumte.

Dafür räumte Putin die Widerstände in einigen der bis dahin zentralen Fragen russischer Politik weg. Dazu zählten unter anderem die Hinnahme des NATO-Beitritts der baltischen Staaten, die Öffnung des russischen Luftraums für Flüge nach Zentralasien oder die Duldung des militärischen Engagements der USA in Zentralasien und im Kaukasus. Die politischen Beobachter\*innen mussten zugestehen, dass Präsident Putin in den ersten Jahren seiner Amtszeit dem Westen, insbesondere der EU und Deutschland, weitreichende Zugeständnisse eingeräumt hat.

Dieser Widerspruch zwischen den Chancen einer neuen Sicherheitsarchitektur und der realen Politik wurde immer deutlicher. Und damit veränderte sich auch die russische Politik.

Putins Rede am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag wurde noch von allen Fraktionen im Parlament umjubelt. Der russische Präsident betonte, dass Russland für eine „vollwertige Zusammenarbeit und Partnerschaft“ bereit sei. Er bekam starken Beifall für die Feststellung: „Ohne eine moderne, dauerhafte und standfeste internationale Sicherheitsarchitektur schaffen wir auf diesem Kontinent nie ein Vertrauensklima und ohne dieses Vertrauensklima ist kein einheitliches Gesamteuropa möglich. Heute sind wir verpflichtet zu sagen, dass wir uns von unseren Stereotypen und Ambitionen trennen sollten, um die Sicherheit der Bevölkerung Europas und der ganzen Welt zu gewährleisten.“

Putin weiter: „Europa (wird) seinen Ruf als mächtiger und selbständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.“<sup>28</sup>

---

<sup>28</sup> Deutscher Bundestag, Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins. Berlin, 2001: [https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin\\_wort-244966](https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966)

## Von der Suche nach Gemeinsamkeit zur Konfrontation

Putin hat seine Angebote zur Zusammenarbeit und zum Ausbau der internationalen Sicherheitsarchitektur mehrfach wiederholt, aber er hat in den folgenden Jahren auch immer deutlicher vor der Ausweitung der NATO nach Osten gewarnt. So als Gast der Münchner Sicherheitskonferenz 2007: „Ich denke, es ist offensichtlich, dass der Prozess der NATO-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hat. Im Gegenteil: Das ist ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt.“<sup>29</sup>

Auf dem NATO-Gipfel 2008 in Bukarest drängte vor allem US-Präsident George W. Bush auf eine Beitrittsperspektive für Georgien, Moldau und die Ukraine. Neben Frankreich warnte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel davor, Russland unnötig zu reizen und die Destabilisierung Osteuropas zu riskieren. Als dennoch von den USA ein NATO-Beitritt Georgiens vorgeschlagen wurde, warnte Putin, dass eine Grenze überschritten wird und dann die Krim und die Ostukraine Russland angegliedert würden. Auch in der Maidan-Revolution 2013/14 sah er eine Verschwörung des Westens.

Putins Hoffnungen auf Vertrauensbildung und eine gemeinsame Sicherheit wurden durch die NATO-Osterweiterung konterkariert. Der Diplomat und Historiker George F. Kennan warnte nachdrücklich vor den Folgen. Bereits am 5. Februar 1997 schrieb er in einem Gastbeitrag für die New York Times, dass die Entscheidung von US-Präsident Bill Clinton, die NATO bis an die Grenzen Russlands zu erweitern, der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg wäre: „Diese Entscheidung kann erwarten lassen, dass die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der Meinung Russlands entzündet werden.“<sup>30</sup>

Auch der frühere US-Außenminister Henry Kissinger hatte 2014 gemahnt, eine kluge Politik solle eine Versöhnung mit Russland anstreben, auch zwischen der Ukraine und Russland und zwischen den USA und Russland. Für den früheren deutschen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hieß das Schlüsselwort für das globale Jahrhundert „Zusammenarbeit“.

Heute wissen wir, dass das von Kennan wie auch von Kissinger befürchtete Szenario eingetreten ist. Das war begleitet von einer deutlichen Veränderung der Politik Putins. Er baute sich in den letzten Jahren einen kleinen Hofstaat mit einem Netzwerk von nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Ideolog\*innen auf und konzentrierte sich immer stärker auf die Einnahme der Ukraine.

Keine Frage: Die russische Politik hat sich im letzten Jahrzehnt negativ verändert. Nationalistische Klubs wie der Waldai-Klub und der Isborsk-Klub, benannt nach dem Ort in Nordwestrussland, der die Gründung russischer Staatlichkeit im Jahr 862 markieren soll. Sie wurden

---

<sup>29</sup> <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>

<sup>30</sup> <https://www.nytimes.com/1997/02/05/opinion/a-fateful-error.html>

finanziell gut ausgestattet und nahmen bei der ideologischen Vorbereitung des Ukraine-Krieges eine wichtige Rolle ein.

Ihr führendes Mitglied Natalia Narochnitskaya, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, kommentierte den russischen Überfall auf die Ukraine am 14. Februar 2022 in der Izvestia: „Die Wurzel des Konflikts – nicht nur in der Ukraine, sondern auch in vielen anderen ehemaligen Republiken der UdSSR – liegt in der doppelten, rechtswidrigen Zerstörung des historischen russischen Staates. Zuerst von den Bolschewiki 1917, dann von den Liberalen 1991.“<sup>31</sup>

Zum Isborsk-Klub gehört auch der Journalist Alexander Dugin, einflussreicher Vorsitzender der Internationalen Eurasischen Bewegung, der einmal pro Woche im staatlichen Fernsehen seine Ideologie des „Neo-Eurasismus“ vortragen kann und Stimmung für eine antiwestliche Politik macht.

Wladimir Putin vertrat im Juli 2021 in einem Aufsatz<sup>32</sup> seine Vorstellung von einem Großrussischen Reich, analog dem Kiewer Rus. Putin offenbarte darin eine Gedankenwelt, in der sich Sowjetpatriotismus, imperialer und russischer Ethnonationalismus sowie revisionistisches Denken vermischen. Das spiegelt sich auch in der Verfassungsänderung von Juli 2020 wider. Im Artikel 67 wird die Russische Föderation als die Vereinigung „einer tausendjährigen Geschichte“ definiert und auf Dauer der „Schutz der historischen Wahrheit“ beschworen. In der heutigen Ukraine sah Putin ein „Anti-Russland“. Den ethnischen Russ\*innen drohe dort „eine gewaltsame Assimilation“, die mit dem „Einsatz von Massenvernichtungswaffen“ vergleichbar sei.

Innerhalb von zwei Jahrzehnten vollzog Putin einen Kurswechsel vom Gemeinsamen Haus Europa hin zu einer antiwestlichen und nationalistischen Politik, in der die russische Verfassung und eine nationalistische Ideologie über das Völkerrecht gestellt wurden. Dies wurde im Westen lange nicht erkannt beziehungsweise durch mangelnde Kooperation mit gefördert.

### **III. Hoffnung auf gemeinsame Sicherheit wurde enttäuscht**

Nehmen wir die Begründung für die Entstehung der NATO beim Wort, dann wurde das nordatlantische Verteidigungsbündnis am 4. April 1949 von 12 Staaten gegen die stalinistische Sowjetunion gegründet, weil diese ihr System bis an die Elbe ausgedehnt hatte, was als bedrohlich wahrgenommen wurde. Welche Rolle aber spielt die NATO heute – nach der Auflösung des Warschauer Pakts und der deutlichen Schwächung Russlands? Fast 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben entfallen auf die NATO-Staaten.

Warum immer mehr Aufrüstung? Wie oft soll der Overkill gesteigert werden? Oder soll die NATO, die als Nordatlantisches Verteidigungsbündnis gegründet wurde, zu einer globalen

---

<sup>31</sup> [Izborsk-club.ru/22390](https://izborsk-club.ru/22390)

<sup>32</sup> Putin, Vladimir: Über die historische Einheit von Russen und der Ukraine. In: Osteuropa 7/2021.

militärischen Einsatztruppe werden, die die westliche Hegemonie auch gegen neue Weltmächte wie China sichert? In der neuen strategischen Positionierung unter dem Titel „NATO 2030“ werden eine Vielzahl neuer Aufgabenfelder benannt, von der Cybersicherheit bis zum Klimawandel. Und als Hauptgegner werden China und Russland herausgestellt. Geht die NATO künftig von einem Kalten Krieg mit Moskau und Peking aus? Soll sie zu einem globalen militärischen Hegemonialpakt werden?

Auch die deutsche Bundesregierung hat in der Ukraine nach Beginn des russischen Überfalls 2022 ihren außenpolitischen Kurs geändert und den Grundsatz aufgegeben, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Berlin liefert schwere Waffen in die Ukraine – entweder direkt oder in einem Ringtausch über andere NATO-Länder.

Bleibt natürlich die Frage nach der Zukunft der russischen, amerikanischen und chinesischen Atomwaffen, aber auch denen der Atomwaffenstaaten Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Nord-Korea und Pakistan. Umso unverständlicher sind die Blockaden und Hemmnisse bei den Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen. Ging nicht die Initiative zur Aufkündigung des INF-Vertrages (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty) von US-Präsident Donald Trump aus?

Dieser Vertrag wurde am 8. Dezember 1987 von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow unterzeichnet und ist ein bilaterales Abkommen zur Verschrottung einer kompletten Waffengattung, aller landgestützten Nuklearraketen mit einer kürzeren Reichweite zwischen 500 und 1.000 Kilometern und einer mittleren Reichweite von 1.000 bis 5.500 Kilometern. Es war die gewichtigste Abrüstungsmaßnahme überhaupt, die zur Beseitigung von rund 2.692 Waffensystemen bei gegenseitiger Kontrolle vor allem in Europa geführt hat.

Sicherheitspolitik erfordert in der zusammenwachsenden Welt nicht nur Abrüstung, sondern auf der „überbevölkerten, verschmutzten, störanfälligen und ungleichen Welt“ (Brundtland-Bericht)<sup>33</sup> mehr denn je eine Weltinnenpolitik für die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation.

Die Welt steht an einem Scheideweg. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert neuer Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe oder es wird ein Jahrhundert der Gemeinsamen Sicherheit und Nachhaltigkeit. Wir müssen begreifen, wie eine sichere Welt aussehen kann. Und die wird nur möglich, wenn China, Indien und Russland mitmachen.

### **Entspannungspolitik oder wertegebundene Außenpolitik**

Ob heute eine „wertegebundene“ Außenpolitik, wie sie Zbigniew Brzezinski, der von 1977 bis 1981 Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter war, in einen ausdrücklichen Gegensatz zur Entspannungspolitik der US-Außenminister Henry Kissinger oder Cyrus Vance

---

<sup>33</sup> WCED: Our Common Future. New York, 1987.

stellte, für die Ukraine besser wäre, darüber lässt sich bei genauerem Hinsehen nicht streiten. Brzezinski wollte einen strikten Unilateralismus und eine globale Politik amerikanischer Stärke, Europa sollte in dieser Weltordnung eine abhängige Größe der USA sein.

Brzezinski sagte 1997 in seinem Buch „The Grand Chessboard“ voraus, dass die Ukraine der Schlüssel für Russlands Zukunft und für den Frieden in Europa sein würde.<sup>34</sup> Der deutsche Buchtitel verrät genauer, um was es dem Autor geht: „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“. Etwa mit Donald Trump an der Spitze?

**Erstens** sind die Zweifel groß, ob eine solche Politik im globalen Zeitalter, in dem die Welt auf Gegenseitigkeit angewiesen ist, überhaupt nachhaltig und tragfähig ist. Aber konservative Stimmen, die immer gegen die Friedens- und Entspannungspolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt waren und in der Kooperation mit der Sowjetunion eine Ursache für den heutigen Ukraine-Krieg sehen, werden wieder lauter. Die historische Errungenschaft wird klein geredet, ja sogar als Fehler hingestellt. Sie wollen eine Politik der Stärke und nicht der Kooperation.

Die vertrauensbildenden Maßnahmen der Entspannungspolitik zielten schrittweise auf mehr Zusammenarbeit, eine Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Erweiterung des Bewegungsspielraums der Bürger\*innen ab. Es ging um Wandel durch Annäherung und nicht – wie heute leichtfertig verkürzt wird – um Wandel durch Handel. Die Entspannungspolitik war faktisch die Verbindung von Realpolitik und dem Einsatz für Menschenrechte. Um die Verbindung dieser beiden Seiten geht es auch heute, allerdings in neuen Formen und mit neuen Herausforderungen.

**Zweitens** läuft eine derartige Politik auf einen Unilateralismus hinaus, bei dem es um die Definitionsmacht geht, was globale Werte sind, wer sie definiert und wie sie durchgesetzt werden und welche Interessen dahinterstehen. Bei einer Politik der westlichen „Bevormundung“ kommen nicht nur im globalen Süden historische Belastungen wie Kolonialismus, Rassismus, Missbrauch von Macht sowie Unterdrückungen hoch, sondern spielen auch wirtschaftliche Verwertungsinteressen und die globale Handels- und Finanzordnung eine zentrale Rolle.

Umgekehrt heißt das: Ist eine Entspannungspolitik ohne Wertorientierung überhaupt möglich? Und braucht eine Weltinnenpolitik nicht einen stabilen Multilateralismus?

Nicht zuletzt ist ein Unilateralismus auch deshalb nicht machbar, weil er den großen Verschiebungen, Herausforderungen und Neuordnungen, die auf der Welt stattfinden, ebenso wenig gerecht werden kann wie den globalen sozialen und ökologischen Gestaltungsaufgaben. Es wird beispielsweise keinen Klimaschutz geben, wenn Russland und China nicht dabei sind.

---

<sup>34</sup> Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt am Main, 1997.

Warum findet vornehmlich bei den militärisch starken Ländern eine Hochrüstung statt, die weltweit bereits bei über 2 Billionen US-Dollar liegt und damit höher als 1989, dem letzten Jahr vor dem Ende der in Ost und West geteilten Welt. Auch Deutschland wurde in den Tausel einer neuen militärischen Supermacht versetzt, denn wenn alle Ankündigungen umgesetzt würden, läge Deutschland auf Platz 3 der weltweiten Rangliste der Militärausgaben.

Als Gegenargument wird nicht nur auf den Schrecken des Ukraine-Krieges verwiesen, sondern auch auf die Abstimmung der UNO-Generalversammlung, die den russischen Einmarsch mit 141 Ja-Stimmen gegen nur fünf Nein-Stimmen bei 35 Enthaltungen verurteilt hat.<sup>35</sup> Das wird von einigen als Signal für die Mehrheitsfähigkeit einer wertorientierten Außenpolitik interpretiert. Tatsächlich lohnt es sich, das Ergebnis genauer zu betrachten.

Von den 193 Mitgliedsländern haben zwölf Staaten an der Abstimmung nicht teilgenommen. Gemessen an der Zahl der Menschen hat sich mit China und Indien, den ostasiatischen und arabischen Ländern sowie 17 afrikanischen Staaten, in denen sich eine antiwestliche Stimmung breitmacht, die Mehrheit der Weltbevölkerung der Stimme enthalten. Auch die lateinamerikanischen Länder sind nicht bereit, sich an den Sanktionen gegen Russland zu beteiligen. **Das bedeutet, dass sich viele Länder ihre Optionen für künftige Bündnisse offenhalten.**

Mehr noch, neue Konfrontationen ziehen herauf: Russland, die asiatischen und viele afrikanische Staaten gegen die USA und den Westen. Der Versuch Washingtons, Russland zu schwächen und mit der Ukraine, die seit 2014 mit amerikanischen Waffen beliefert wird, einen neuen Brückenkopf mit lebenswichtigen Handelsrouten zwischen Europa und Asien zu schaffen, kann im Gegenteil münden. Der wichtigste Schlüssel ist dabei die Rolle Chinas und damit die Frage, wie die Neuordnung der Welt aussehen wird.

Russland ist in einer schwierigen Situation. Als frühere Weltmacht hat das Land deutlich an Bedeutung verloren, zumal sein Militär Schwächen zeigt und seine große Stärke, die gewaltigen Rohstoffvorkommen des Landes, auf den Weltmärkten durch ein Ende des fossilen Zeitalters an Bedeutung verlieren werden. Russland wird nicht nur von den USA, sondern auch von China abgehängt. Damit verändern sich die globalen Ausgangsbedingungen grundsätzlich.

Wir halten es für richtig, an die großen Berichte der Vereinten Nationen aus den 1980er-Jahren anzuknüpfen, die auch heute wegweisend sind. Sie alle gehen von der Leitidee der Gemeinsamkeit aus, also der Pflicht zu einer sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitspolitik.

Vor 40 Jahren hat Olof Palme mit seiner Unabhängigen UN-Kommission den Bericht „Common Security: A Blueprint for Survival“ vorgelegt. Die großen Chancen dieser globalen Leitidee der Gemeinsamen Sicherheit wurden jedoch nach 1989, nach dem Ende der in Ost und West zweigeteilten Welt, verdrängt. Dabei ist sie heute, wo es um die Neuordnung der Welt geht, wichtiger denn je. Allerdings besteht die Gefahr, dass nach dem Ukraine-Krieg die Bereitschaft noch geringer ist, zu einer multilateralen Weltinnenpolitik zu kommen. Doch es

---

<sup>35</sup> UNO (2022): Resolution A/RES/ES-11/1. New York.

gibt keine Alternative, denn Aufrüstung und Abschreckung sind das Gegenteil von dem, was eine Welt braucht, die sonst zu einer zerbrechlichen Einheit wird. **Eine gemeinsame Zukunft erfordert eine gemeinsame Sicherheit.**

#### **IV. Neuordnung der Welt – Gemeinsame Sicherheit 2022**

Der Ukraine-Krieg ereignet sich in einer Zeit, in der die Welt in einem schlechten Zustand ist. Sie steht an einem Scheideweg: Kommt es in der Zukunft zu Hochrüstung, neuer Gewalt und Verteilungskämpfen, möglicherweise zu einem neuen Kalten Krieg, oder zu Abrüstung, Gemeinsamer Sicherheit und Nachhaltigkeit? Militarisierung oder Zivilisierung heißt die Alternative, für die jetzt die Weichen gestellt werden.

Die Herausforderungen müssen vor dem Hintergrund des Umbruchs und der Neuordnung der Welt gesehen werden. Doch auf der Weltbühne agieren viele offenbar überforderte Akteur\*innen, nehmen Bedrohungen zu, werden soziale und ökologische Notwendigkeiten wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Aber das alte Wachstumsmodell, das weltweit dominiert, missachtet die ökologische Tragfähigkeit des Erdsystems für menschliches Leben. Das Überschreiten planetarischer Grenzen geht rasant voran. Spätestens 2024 werden wir in der Troposphäre eine CO<sub>2</sub>-Konzentration messen, die zu einer globalen Erwärmung um 1,5 Grad Celsius führen wird. Die ökologische Selbstvernichtung wird denkbar.

#### **Die sozial-ökologische Gestaltung der Transformation**

Die Welt erlebt erneut eine Große Transformation, die Politik verliert die Kontrolle über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, weil sie keine ausreichenden Antworten auf die großen Umbrüche und Veränderungen gibt. Die Reaktion auf die Unsicherheiten und auf die sich zuspitzenden Gefahren und Risiken ist vor allem in den reichen Ländern eine Politik der Stärke durch eine Ausweitung der Militarisierung, statt der Suche nach einem neuen Fortschritt und der Kooperation für eine gemeinsame Sicherheit.

Wie der Wiener Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi in seinem fundamentalen Werk „The Great Transformation“ die großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts beschrieben hat, kommt es entweder zu grundlegenden Reformen oder zu einer nationalistischen und gewaltbereiten Gegenbewegung. Polanyi nannte das „Doppelbewegung“.<sup>36</sup>

In den 1930er-Jahren war das „polanyische Pendel“ in den USA der New Deal zum Wohlfahrtsstaat, in Deutschland zum Faschismus. Auch heute kann es in zwei Richtungen ausschlagen. Ein erneuter New Deal, dessen Grundlage ein stabiles und möglichst hohes Wachstum war, würde allerdings nicht ausreichen. Heute müssen nämlich unbedingt die ökologischen Grenzen des Wachstums beachtet werden. Damit stellt sich die Gerechtigkeitsfrage noch sehr viel schärfer, denn Fortschritt geht nicht mehr über den Weg der permanenten Zuwachsverteilung. Er erfordert Umverteilungen – national und international.

---

<sup>36</sup> Polanyi, Karl: The Great Transformation. New York, 1944.

Um ein friedliches Zusammenleben der Menschheit zu bewahren, ist eine soziale und ökologische Gestaltung der Transformation notwendig. Das erfordert ein grundlegendes Umdenken, um die Naturgrenzen einzuhalten. Die Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft müssen grundlegend reformiert werden, damit künftig planetarische Grenzen nicht mehr überschritten werden. Die Weichenstellung heißt: Entweder kommt es zu neuer Gewalt und erbitterten Verteilungskämpfen oder zu Abrüstung und Nachhaltigkeit. Wohin das Pendel schlägt, das entscheidet sich heute.

In den „Human Development Reports“ der Vereinten Nationen heißt es: „In der Geschichte gibt es auf den ersten Blick keine Situation, die sich in der Dringlichkeit mit der globalen Klimakrise vergleichen ließe.“<sup>37</sup> Die Welt droht aus den Fugen zu geraten, sie befindet sich an einem jener Momente, an dem der alte Zustand nicht mehr funktioniert, aber ein neuer nicht da ist. An dieser Wegscheide braucht die Welt ein neues Modell von Fortschritt und Zusammenleben, müssen Gier, Egoismus und Ignoranz beendet werden. Die Fragen sind: Wie können wir die Kriege in der Ukraine und anderswo stoppen, künftig Gewalt und Verteilungskämpfe verhindern, die Klimakrise eindämmen, die sozialen Ungleichheiten verringern und mehr Demokratie und Menschenwürde verwirklichen?

Es geht um nicht weniger als die Neuordnung der Welt nach den drei Leitideen des gerechten Zusammenlebens zwischen Nord und Süd, Ost und West, der Nachhaltigkeit und besonders der Gemeinsamen Sicherheit. Sie bilden die Grundlagen einer Weltinnenpolitik. Den Höhepunkt erreichten die Vorschläge für eine globale Verantwortungsethik 1992 mit dem Erdgipfel in Rio de Janeiro. Doch danach verlor die Idee einer Weltinnenpolitik an Bedeutung. Der Kapitalismus hatte sich weltweit durchgesetzt, warum also noch tiefgreifende Reformen? Diese Ignoranz holt die Welt heute schmerzhaft ein.

Im Zeitalter atomarer und konventioneller Hochrüstung, der Klimakrise und zunehmender Knappheit von Ressourcen, in dem Verteilungskämpfe härter werden, ist Gemeinsame Sicherheit das Gebot der Vernunft. Dafür setzen sich die NaturFreunde ein, in einer erweiterten Form sind die Ideen der Palme-Kommission heute für die Menschheit überlebensnotwendig. Und sie sind auch der Weg für eine Beendigung des Krieges in der Ukraine.

### **Gemeinsame Sicherheit 2022**

Der Palme-Bericht II wurde aus Anlass des 40. Jahrestages des UN-Berichts vom Internationalen Gewerkschaftsbund, dem Internationalen Friedensbüro und dem Olof Palme International Center veröffentlicht: „Gemeinsame Sicherheit 2022“.<sup>38</sup>

Er befasst sich nicht nur mit Abrüstung und Rüstungskontrolle, sondern auch mit den großen globalen Fragen wie der Klimakrise, die von der Weltgemeinschaft gemeinsam beantwortet werden müssen. Er stellt für ein starkes und effizientes multilaterales System für Frieden und Sicherheit acht grundlegende Prinzipien auf, in deren Zentrum die Abrüstung, ein

---

<sup>37</sup> UNO (verschiedene Jahrgänge): Human Development Report. New York.

<sup>38</sup> ITUC / CSI / IGB / Olof Palme International Center: Gemeinsame Sicherheit 2022. Berlin, 2022.

humanitäres Völkerrecht, die Unverletzlichkeit der Grenzen, das Verbot von Gewaltanwendungen, die Abwendung der Klimakrise, eine nachhaltige Entwicklung und eine integrative und demokratische Gesellschaft stehen.

Der Bericht „Gemeinsame Sicherheit 2022“ geht von einem erweiterten Sicherheitsverständnis aus. Eine solche Weltinnenpolitik wird nur möglich, wenn alle Länder beteiligt werden, auch Russland, das flächenmäßig größte Land der Erde, China und Indien, die beiden bevölkerungsreichsten Staaten.

Wir brauchen eine Rückkehr zu Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen über atomare und konventionelle Waffen, gegenseitige Transparenz wie Open Skies, Beobachtung zum Beispiel von Manövern sowie weitere vertrauensbildende Maßnahmen. Aber wir brauchen auch mehr Zusammenarbeit auf anderen Feldern globaler Herausforderungen, insbesondere bei der Armutsbekämpfung sowie bei der Erderwärmung und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei Europa zu: Knüpft es an die globale Friedenskultur der 1970er- und 80er-Jahre an oder ordnet es sich den Zielen der NATO nur unter? Der Diskurs über eine Gemeinsame Sicherheit kann, wie auch die öffentliche Diskussion über den Ukraine-Krieg zeigt, nur geführt werden, wenn die Bereitschaft für eine offene Debatte da ist. Bei einem Meinungskonformismus ist das nicht möglich. Es darf zu keiner Einschränkung der Meinungspluralität kommen. Das würde den Blick auf die Alternativen verstellen.

Was Egon Bahr 1982 feststellte: „Sicherheit kann es nur mit der Sowjetunion geben“, gilt heute auch für Russland. Diese Aussage hat nichts mit Relativismus zu tun, denn es gibt keine Rechtfertigung für Putins Krieg. Aber es gibt auch geschichtliche Erfahrungen und neue Erkenntnisse, die es zu berücksichtigen gilt. Das hat viel damit zu tun, die Eskalation schnell mit allen diplomatischen Mitteln zu stoppen, die denkbar sind.

Bahr hat Recht, wenn er sagt: „Es geht um die Erkenntnis, dass ... die Sicherheit der Menschheit, genauer das Überleben, das heißt die Chance zur weiteren Geschichte, zum zentralen und prioritären Punkt jeder Politik geworden ist.“ Das müssen wir begreifen und alles tun, um die Aufrüstung zu stoppen und eine Friedensarchitektur zu schaffen. Wir teilen die Warnung, die der frühere Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ausgesprochen hat: „Die Geschichte pflegt ihre Angebote nicht zu wiederholen und die Chancen, die sie uns bietet, bestehen nicht ewig.“

Zusammen mit Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker und Egon Bahr forderte er in den vergangenen Jahrzehnten, die russischen Angebote für eine neue gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur unbedingt ernsthaft zu prüfen. Die Versäumnisse sind Anlass, die Fehler nicht zu wiederholen. Gerade heute muss es zu einem Dialog kommen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat Recht, dass es eine Lösung des Konflikts „nur mit Russland geben wird“.

## Gemeinsame Sicherheit - Der Plan für den Frieden

### 40 Jahre Bericht der Palme-Kommission - Grundlagen und Ziele

Im Juni 1982 gab die Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit ihren Bericht „Gemeinsame Sicherheit“ bei der 2. UNO-Sondervollversammlung für Abrüstung ab. Sie hatte von 1980 bis 1982 unter Leitung des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme gearbeitet und wurde deshalb auch Palme-Kommission genannt.

Der Bericht ist entstanden angesichts massiver Aufrüstung und eines drohenden Atomkriegs, nach ersten Erfolgen der Entspannungspolitik drohte eine neue Eiszeit zwischen NATO und Warschauer Pakt. Ein Kernsatz lautet: **„Sicherheit ist nicht mehr gegen den Gegner, sondern nur noch mit dem Gegner möglich.“** 40 Jahre nach Abschluss des Berichts ist diese Einsicht wichtiger denn je, sowohl weil die Rüstungsausgaben maßlos steigen, neue autonome Waffensysteme eingesetzt werden können, die die Schwelle des Gewalteinsatzes senken, und neue und noch schnellere Atomwaffen stationiert werden, als auch weil die Klimakrise und die Verknappung von wichtigen Rohstoffen die Welt bedrohen.

Aus unserer Sicht beschreibt auch heute das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit Möglichkeiten und Wege für Abrüstung und friedliches Zusammenleben. In dieser Argumentationsbroschüre stellen wir die wichtigsten Aspekte aus dem Palme-Bericht<sup>39</sup> vor.

### Drei Berichte - drei große Themen der Menschheit

In den Jahre 1977 bis 1987 wurden durch Unabhängige Kommissionen der Vereinten Nationen drei Berichte erarbeitet, die die größten Herausforderungen der Menschheit betrachten und Lösungsvorschläge beinhalten. Sie wurden geleitet von anerkannten europäischen Spitzenpolitiker\*innen, die alle drei eine sozial-pragmatische Prägung hatten:

1. Der **Brandt-Bericht** mit dem Titel **„Das Überleben sichern“** der Nord-Süd-Kommission unter Leitung von Willy Brandt.<sup>40</sup> In ihm wurde unter anderem die Notwendigkeit einer neuen Weltwirtschaftsordnung hergeleitet und die Einbeziehung der Länder des Südens gefordert.
2. Der **Palme-Bericht** zur **„Gemeinsamen Sicherheit“**
3. Der **Brundtland-Bericht** der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung unter Leitung von Gro Harlem Brundtland mit dem Titel **„Unsere gemeinsame Zukunft“**, der

---

<sup>39</sup> Deutsche Ausgabe: Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit. Berlin 1982, Severin und Siedler. Diese Ausgabe ist Grundlage für die Zitate aus dem Bericht und deren Quellenangaben in dieser Handreichung.

<sup>40</sup> Das Vorwort von Willy Brandt findet sich in dem Dokument: [https://willy-brandt.de/wp-content/uploads/heft\\_25\\_nord-sued-bericht.pdf](https://willy-brandt.de/wp-content/uploads/heft_25_nord-sued-bericht.pdf) (Abgerufen am 9.3.2022)

erstmal das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung formulierte und Auslöser für die Konferenz von Rio de Janeiro im Jahr 1992 wurde.<sup>41</sup>

Die Oberbegriffe der Berichte sind Frieden, globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit/Ökologie. **Themen also, die auch uns NaturFreunde bewegen.** Sie alle gehen von der Leitidee der Gemeinsamkeit aus. Trotz aller politischen, militärischen, ideologischen und kulturellen Unterschiede müssen die Staaten der Welt im Interesse des Überlebens der Menschheit zusammenarbeiten und nach Verständigung suchen.

Natürlich stehen die Themen der Kommissionen nicht isoliert, vielmehr hängen sie voneinander ab, sie müssen als Einheit gesehen werden. Es gibt auch personelle Überschneidungen bei der Besetzung der Kommissionen. Aus Deutschland gehörte Willy Brandt der ersten, Egon Bahr der zweiten und Volker Hauff der dritten Kommission an. Es gibt in allen Kommissionen die Konzentration auf bestimmte Aspekte, aber auch gemeinsame übergreifende Grundannahmen. Deutlich wird das in den folgenden Absätzen aus dem Anhang III des Palme-Berichts:

„Die Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen unter dem Vorsitz von Willy Brandt, die im Dezember 1979 ihren Bericht abschloss, befasste sich mit globalen Fragen, die in den 80er Jahren Bedrohungen für den Frieden darstellen würden, konzentrierte ihre Arbeit jedoch auf wirtschaftliche Angelegenheiten. Die nunmehr gebildete neue Kommission wird versuchen, jenen breiten Überblick über weltweite Probleme mit Konzentration auf Sicherheits- und Abrüstungsmaßnahmen zu vervollständigen, die zum Frieden in den 80er Jahren und darüber hinaus beitragen können. Die Kommission wird versuchen, erstrebenswerte und ausführbare Richtlinien für Abrüstung und Rüstungskontrolle in einem umfassenden Rahmen aufzuzeigen, die nationale und internationale Sicherheit garantieren sollen.

Die Kommission geht von der Annahme aus, dass die Aussichten auf einen wirklichen Weltfrieden weitgehend von konkreten Maßnahmen und frühzeitigen Schritten nicht nur in Richtung auf internationale wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, sondern auch auf politische und militärische Sicherheit abhängen. Die Kommission glaubt, dass Abrüstung und Rüstungskontrolle wesentliche Beiträge zur internationalen Wirtschaftsentwicklung und nationalen Sicherheit leisten können.“<sup>42</sup>

---

<sup>41</sup> Informationen dazu finden sich u.a. auf der Seite: [https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brandt-land\\_report\\_563.htm](https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brandt-land_report_563.htm) (Abgerufen am 9.3.2022)

<sup>42</sup> Siehe Anhang III Die Kommission und ihre Arbeit, S.201.

## Olof Palme - zur Person



Olof Palme, geboren am 30. Januar 1927, wurde am 28. Februar 1986 in Stockholm nach einem Kinobesuch auf offener Straße im Zentrum Stockholms mit einer Schusswaffe ermordet.

Palme war schwedischer Sozialdemokrat und zwei Mal Ministerpräsident Schwedens, von 1969 bis 1976 und 1982 bis 1986. Er war ein enger Freund Willy Brandts.

Mit ihm verbunden sind etliche familienpolitische und soziale Reformen in Schweden. Er kämpfte gegen den Vietnam-Krieg. Er galt als **Stimme für Abrüstung und Verständigung** und setzte sich für die Belange des globalen Südens ein.

Er hatte enge persönliche Beziehungen zu Politiker\*innen der europäischen Sozialdemokratie wie Willy Brandt, Gro Harlem Brundtland, Felipe Gonzalez und Bruno Kreisky.

## Die Kommission - Zusammensetzung und Aufgabe

„**Die Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen** (Independent Commission on Disarmament and Security Issues - ICDSI) wurde am 13. September 1980 in Wien nach einer zweitägigen Zusammenkunft, auf der der Vorstand und einige Mitglieder die Aufgabe der Kommission, ihre Leitsätze und ihr Arbeitsprogramm diskutierten, ins Leben gerufen. Seit Anfang 1980 waren vorbereitende Zusammenkünfte abgehalten worden.

Der Aufbau der Arbeit wurde großenteils der Brandt-Kommission (der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen - ICIDI - unter dem Vorsitz des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt) entlehnt. In ihren Leitsätzen bekundete die Kommission, sie beabsichtige den Versuch einer Vervollständigung des Überblicks der Brandt-Kommission über weltweite Probleme. Drei Mitglieder der ICDSI waren ebenfalls Mitglieder der Brandt-Kommission gewesen (Olof Palme, Haruki Mori und Shridath Ramphal).

Die Kommission bekundete ihre Absicht, 1982 einen Bericht mit ihren Empfehlungen zu veröffentlichen. Zusätzlich beschloss die Kommission, ihre Meinung über gegenwärtige Abrüstungs- und Sicherheitsfragen durch öffentliche Erklärungen im Verlaufe ihrer Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Dies Verfahren wurde bei fast allen Zusammenkünften befolgt. Die Kommission betonte die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit zu informieren, und beschloss, engen Kontakt zu nichtstaatlichen Organisationen zu halten.“<sup>43</sup>

---

<sup>43</sup> Palme-Bericht, Anhang III Die Kommission und ihre Arbeit, S. 201.

Mitglieder der Kommission waren:

- Olof Palme (Vorsitzender), Schweden
- Georgij Arbatov, UdSSR
- Egon Bahr, Bundesrepublik Deutschland
- Gro Harlem Brundtland, Norwegen
- Jozef Cyrankiewicz, Polen
- Jean-Marie Daillet, Frankreich
- Robert A. D. Ford, Kanada
- Alfonso Garcia-Robles, Mexiko
- Haruki Mori, Japan
- C. B. Muthamma, Indien
- Olusegun Obasanjo, Nigeria
- David Owen, Großbritannien
- Shridath Ramphal, Guyana
- Salim Ahmed Salim, Tansania
- Soedjatmoko, Indonesien
- Joop den Uyl, Niederlande
- Cyrus Vance, USA

Die Mitglieder der Kommission waren vom Vorsitzenden aufgefordert worden, in privater Eigenschaft und nicht im Auftrag ihrer jeweiligen Regierung teilzunehmen. Dennoch waren die Verbindungen zu den verantwortlichen Politiker\*innen eng. Michail Gorbatschow ließ sich beispielsweise regelmäßig von Georgij Arbatov über die Arbeit der Kommission informieren. Und er suchte auch den direkten Kontakt mit Egon Bahr, den er als den programmatischen Kopf der Abrüstungsdebatte ansah.

Für ihre Arbeit hatte sich die Kommission Leitsätze gegeben, die den Arbeitsauftrag beschrieben:

„Die Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen wurde vor dem Hintergrund von mehr als drei Jahrzehnten des Kampfes um Rüstungskontrolle und Abrüstung gebildet. Das Ergebnis ist bis auf einige Ausnahmen in unseliger Weise enttäuschend. Obwohl der Menschheit die äußersten Schrecken eines Atomkrieges erspart blieben, werden weiterhin unvermindert Kriege geführt, internationale Spannungen wachsen und weltweit steigen die Rüstungsausgaben. [...] Die Kommission hat drei Ziele.

Erstens das langfristige Ziel, bei der Festlegung eines Weges zu wirklicher Verständigung und tatsächlichen Abrüstungsmaßnahmen mit besonderer Berücksichtigung der Zweiten Sondersitzung der Vereinten Nationen über Abrüstung, die im Mai 1982 abgehalten werden soll, behilflich zu sein.

Zweitens die kurzfristigen Ziele, über die laufenden Abrüstungs- und Sicherheitsfragen zu berichten und sie zu kommentieren, in der Absicht, die nationale und internationale Aufmerksamkeit auf gegenwärtige Möglichkeiten der Friedensförderung durch Rüstungsbeschränkung zu konzentrieren.

Drittens das dringend notwendige Ziel, eine informierte Öffentlichkeit zur Diskussion dieser Fragen anregen zu helfen.

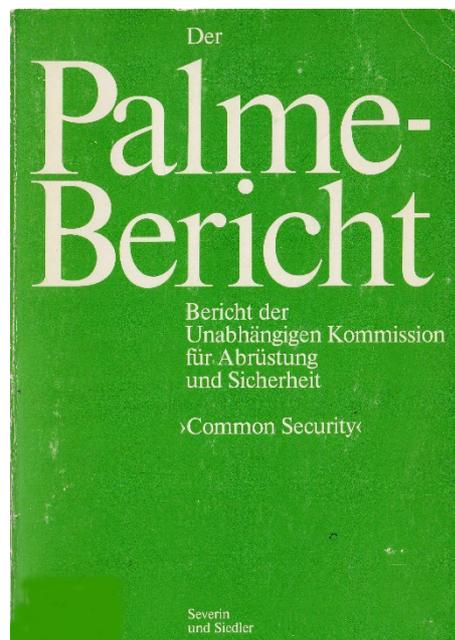
Zu diesem Zweck entwickelt die Kommission ein Arbeitsprogramm mit dem Ziel, den Erfolg bzw. das Scheitern früherer Abrüstungsbemühungen zu analysieren; ferner zu prüfen, wie Fortschritte in aktuellen Fragen der Sicherheit und Rüstungskontrolle angeregt werden könnten, und schließlich längerfristige Maßnahmen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle vorzuschlagen, die bei der nächsten UN-Sondersitzung über Abrüstung sinnvoll weiterverfolgt werden könnten.“<sup>44</sup>

## Palme-Bericht

Die Ergebnisse der Kommission wurden 1982 im sogenannten Palme-Bericht veröffentlicht.

Die Empfehlungen der Kommission zielten darauf ab, durch das entspannungspolitische Konzept der gemeinsamen Sicherheit zur Überwindung des Ost-West-Konflikts beizutragen.

Der Palme-Bericht brachte dieses Anliegen knapp und bündig auf den Punkt: **„Ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit muss an die Stelle der bisherigen Abschreckung durch Hochrüstung treten.** Der Frieden in der Welt muss sich auf ein Engagement für das gemeinsame Überleben statt auf die Drohung durch gegenseitige Auslöschung gründen.“



Die deutsche Ausgabe des Berichts besteht aus sechs Abschnitten und mehreren Anhängen. Im Einzelnen sind es:

1. Gemeinsam überleben
2. Die Kriegsgefahr
3. Kriegsfolgen
4. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Rüstung
5. Ein positiver Ansatz zur Sicherheit
6. Vorschläge und Empfehlungen

---

<sup>44</sup> Ebd., S. 204.

Anhang I	Aktionsprogramm
Anhang II	Anmerkungen von Egon Bahr
Anhang III	Die Kommission und ihre Arbeit

Im Rahmen dieser Argumentationsbroschüre können wir nur einen Überblick geben. Wichtig ist uns aber, den grundlegenden Begriff des Berichts „gemeinsame Sicherheit“ darzulegen.

**Aus Sicht der NaturFreunde muss er auch heute Grundlage und Leitgedanke für alle friedenspolitischen Aktivitäten sein.**

### **Sicherheit - der Kernbegriff**

Dem Bericht liegt ein umfassender Begriff von Sicherheit zugrunde. Dies wird aus der Beschreibung zur nationalen Sicherheit deutlich:

„Was ist nationale Sicherheit? Im traditionellen Sinne bezieht sich der Begriff der nationalen Sicherheit auf materielle wie psychologische Sicherheit, die durch innere und äußere Ursachen bedroht sein kann. Ein sicherer Staat ist zweifellos der, der weder militärisch angegriffen oder besetzt wird noch irgendwelchen diesbezüglichen Drohungen ausgesetzt ist, der ferner Gesundheit und Sicherheit seiner Bürger schützt und ganz allgemein ihren wirtschaftlichen Wohlstand fördert. Es gibt aber auch weniger greifbare, weniger konkrete Dimensionen der Sicherheit. Bürger aller Nationen wollen den Prinzipien und Idealen, auf die ihr Staat gegründet wurde, treu bleiben und ihre Zukunft nach eigener freier Wahl bestimmen können. Nationale Sicherheit hat auch eine internationale Dimension. Das bedeutet, dass das internationale System einer friedlichen und systematischen Veränderung fähig und für einen Gedankenaustausch, für wechselseitige Handelsbeziehungen, Reisen sowie für den Austausch interkultureller Erfahrungen aufgeschlossen sein muss.“<sup>45</sup>

Aus der Erkenntnis heraus, dass die Welt sich zu Beginn der 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts am Rande eines Abgrundes (Atomkriegs) auf Konflikte zu bewegte, „deren Folgen außerhalb jeglicher Erfahrung liegen und jede Vorstellung übersteigen würden“, entstanden aus dem Ziel des gemeinsamen Überlebens die **Grundsätze gemeinsamer Sicherheit**, die von der Kommission als Grundlage der Sicherheitspolitik aller Länder gesehen wurden. Die Grundsätze umfassen die folgenden Punkte:

**Alle Nationen haben ein legitimes Recht auf Sicherheit:** „Eine sichere Existenz frei von materiellen und psychologischen Bedrohungen für Leib und Leben ist einer der elementarsten Wünsche des Menschen. Er ist der Hauptgrund, warum Menschen beschlossen, Nationalstaaten zu gründen und gewisse individuelle Freiheiten zugunsten des Gemeinwohls - der Sicherheit - zu opfern. Es ist ein Recht, an dem alle teilhaben - ohne Rücksicht darauf, wo sie leben, und ungeachtet ihrer ideologischen und politischen Überzeugungen.“<sup>46</sup>

---

<sup>45</sup> Palme-Bericht, S. 20.

<sup>46</sup> Palme-Bericht, S. 24.

**Militärische Gewalt ist kein legitimes Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Kontroversen:** „Das Sprichwort, dass Gewalt wieder Gewalt erzeugt, gilt für die Beziehungen zwischen Ländern ebenso wie für die Beziehungen zwischen Menschen. Historisch gesehen war die Anwendung von Gewalt als Instrument nationaler Politik am Ende selten erfolgreich. Im Atomzeitalter beschwört sie Gefahren herauf, die in keinem Verhältnis zu einem etwaigen Vorteil stehen. Allzu häufig wird geltend gemacht, die Anwendung von Gewalt erfolge zur Selbstverteidigung. Die üblichen Definitionen der Selbstverteidigung müssen verschärft und enger gefasst werden. Erneuerter Gewaltverzicht als Instrument nationaler Politik ist ein wichtiger Bestandteil einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Nichtsdestoweniger muss allen Staaten das Recht auf Gewaltanwendung zu ihrer eigenen Verteidigung und - im Einklang mit den in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Bedingungen und Verfahren - zur kollektiven Verteidigung von Opfern einer Aggression erhalten bleiben.“<sup>47</sup>

**Zurückhaltung ist notwendig als Ausdruck nationaler Politik:** „Der dringende Wunsch der Völker, sich Vorteile gegenüber anderen zu verschaffen und Sicherheit auf Kosten anderer zu erlangen, ist der Motor, der den konkurrierenden Erwerb von Rüstungsgütern vorantreibt und die Welt auf einen Atomkrieg zusteuern lässt. Er reflektiert die falsche Voraussetzung, dass sich Sicherheit auf irgendeine Weise einseitig erreichen lässt. Auf eine Politik, die sich einen Vorteil zu verschaffen sucht - sei es durch die Anhäufung von Rüstungsgütern oder durch Aushandeln einseitiger Überlegenheit, sei es, was am gefährlichsten ist, durch Ausübung militärischer Gewalt - sollte ein- für allemal verzichtet werden. Zurückhaltung muss zur Losung aller Staaten werden: Zurückhaltung aus Achtung vor dem Recht anderer auf Sicherheit, aber auch in der eigennützigen Erkenntnis, dass Sicherheit nur durch gemeinsames Handeln erreicht werden kann.“<sup>48</sup>

**Sicherheit kann nicht durch militärische Überlegenheit erreicht werden:** „Der Verzicht auf einseitige Vorteile umfasst das Einverständnis, dass jedem erfolgreichen Versuch zur Rüstungsbegrenzung und zur Verringerung der Kriegsgefahr der Verzicht auf militärische Überlegenheit und ganz allgemein auf die Androhung militärischer Maßnahmen zugrunde liegen müsse. Dazu würde auch das Ziel gehören, zwischen den beiden großen Militärblöcken eine Parität herzustellen und diese auf flexibler Basis auch zum Leitprinzip für einige miteinander rivalisierende Länder oder Gruppen von rivalisierenden Ländern in bestimmten Regionen zu erheben. Die Parität muss geographische und strategische Umstände berücksichtigen, desgleichen den unterschiedlichen Verlauf der Geschichte und militärischer Traditionen, durch welche Völker bestimmt werden, verschiedenen Formen militärischer Gewalt wechselndes Gewicht beizumessen; man darf nicht erwarten, dass Gegner über Streitkräfte verfügen, die sich in allen Aspekten genau entsprechen. Es muss ferner zugegeben werden, dass Parität

---

<sup>47</sup> Palme-Bericht, S. 24.

<sup>48</sup> Palme-Bericht, S. 25.

ebenso sehr ein Phänomen der Wahrnehmung wie ein objektives ist. Es muss das grundlegende Ziel sein, Sicherheit auf dem niedrigsten möglichen Rüstungsniveau zu schaffen. Verhandlungen könnten bei der Schaffung dieser Voraussetzungen sehr hilfreich sein und dazu beitragen, den Verdacht zu vermeiden, die eine oder andere Seite könne vielleicht damit drohen, die Parität zu ignorieren, sobald sie erst einmal hergestellt ist.“<sup>49</sup>

**Reduzierungen und qualitative Beschränkungen von Waffensystemen sind für die gemeinsame Sicherheit notwendig:** „Nachdem Parität und der Verzicht auf Drohungen als Richtlinien für militärische Beziehungen aufgestellt worden sind, ist es ebenso wichtig, dass die Völker der Welt gemeinsam handeln, um eine wesentliche Einschränkung der Waffensysteme zu erreichen. Bei derartigen Reduzierungen sollte jenen Waffenarten besondere Beachtung zukommen, die auf beiden Seiten Anlass zu größter Besorgnis geben, da sie die drohende Gefahr in sich bergen, dass sich an ihnen ein Krieg entzündet. Die größeren Militärmächte müssen die Hauptverantwortung dafür übernehmen, daß Initiativen zur Verminderung von Waffensystemen eingeleitet und derartige Bemühungen fortgesetzt werden, doch würden die in dieser Richtung erzielten Fortschritte allen Nationen zugutekommen. Die aus einer Reduzierung der Waffensysteme erwachsenden Vorteile im Hinblick auf eine Verminderung der durch das Wettrüsten bedingten Wirtschafts- und Soziallasten liegen klar auf der Hand. Von ungleich größerer Wichtigkeit wäre aber die Schaffung einer politischen Atmosphäre, in der friedliche Beziehungen zwischen den Nationen gedeihen könnten und in der die Gefahr eines Krieges erheblich geringer sein würde.“<sup>50</sup>

**Verknüpfungen zwischen Abrüstungsverhandlungen und politischen Ereignissen sollten vermieden werden:** „Bemühungen um Abrüstung kommen in einem politischen Vakuum nicht voran. Sie müssen politische Interessen und die politische Ordnung reflektieren und sind somit ein integrierender Bestandteil der internationalen Beziehungen. Es kommt jedoch als Mittel einer wohlüberlegten Politik darauf an, keine Verknüpfungen zu konstruieren zwischen bestimmten Verhandlungen zur Begrenzung spezifischer Aspekte des Wettrüstens und dem internationalen Verhalten im Allgemeinen. Aufgabe der Diplomatie ist es, Konflikte zu isolieren und zu unterteilen, nicht, sie zu verallgemeinern und sich anhäufen zu lassen. Sie mit allgemeineren Problemen in Verbindung zu bringen, hieße den diplomatischen Handlungsspielraum eher einengen als erweitern. Für keinen Verhandlungspartner stellen Fortschritte bei Abrüstungsgesprächen eine Belohnung dar; sie sind für beide ein Mittel, um aus ihrem gemeinsamen Interesse an Fragen der Sicherheit und des Überlebens Nutzen zu ziehen.“<sup>51</sup>

**Gemeinsame Gefahren und gemeinsame Sicherheit:** „In der heutigen Zeit kann Sicherheit nicht einseitig erlangt werden. Wir leben in einer Welt, deren ökonomische, politische, kulturelle und vor allem militärische Strukturen in zunehmendem Maße voneinander abhängig

---

<sup>49</sup> Palme-Bericht, S. 25 ff.

<sup>50</sup> Palme-Bericht, S. 26.

<sup>51</sup> Palme-Bericht, S. 26 ff.

sind. Die Sicherheit der einen Nation lässt sich nicht auf Kosten anderer Nationen erkaufen. Schon die Gefahr eines Atomkrieges garantiert die Stichhaltigkeit dieser Behauptung. Aber durch die unverkennbaren ökonomisch und politisch wechselseitigen Beziehungen zwischen verschiedenen Nationen und verschiedenen Teilen der Welt wird der Aussage noch zusätzliches Gewicht verliehen. Der Frieden kann nicht durch militärische Konfrontation erzielt werden. Vielmehr gilt es, sich ständig um Frieden zu bemühen in einem unablässigen Prozess des Verhandels, der Annäherung und der Normalisierung mit dem Ziel, gegenseitiges Misstrauen und gegenseitige Angst abzubauen. Wir sehen uns gemeinsamen Gefahren gegenüber und müssen uns folglich auch gemeinsam um unsere Sicherheit bemühen.“<sup>52</sup>

Ein wichtiges Betrachtungsfeld in dem Bericht sind auch Aspekte des Globalen Südens. Dazu gehören Spannungen, die aus der Festlegung der Grenzen herrühren, Spannungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (Nord-Süd-Konflikt), Spannungen auf Grund globaler Ungerechtigkeiten, die „äußerst ernste Auswirkungen auf die psychologische Atmosphäre“ zwischen den Ländern haben können.

### **Kriegsgefahr, Kriegsfolgen, wirtschaftliche und soziale Folgen der Rüstung**

Die drei Kapitel in dem Bericht, die sich mit diesen Fragen befassen, begründen die Notwendigkeit der gemeinsamen Sicherheit. Angesichts der politischen Lage Anfang der 80er-Jahre wird dabei den Folgen eines Atomkriegs, abgeleitet aus den Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki, ein besonderes Gewicht eingeräumt. Palme schreibt dazu in der Einleitung: „Unsere fast zwei Jahre andauernden Diskussionen – und, wie ich meine, vor allem das aufwühlende und erschütternde Erlebnis unseres Besuches in Hiroshima – überzeugten uns von der Dringlichkeit, zugunsten gemeinsamer Interessen zusammenzuarbeiten.“<sup>53</sup> Betrachtet werden aber auch die Folgen von konventionellen Kriegen ebenso wie von chemischer und biologischer Kriegsführung.

### **Ein positiver Ansatz zur Sicherheit**

Nach der Analyse der Folgen des Wettrüstens kann aus Sicht der Palme-Kommission daraus nur der Ansatz der gemeinsamen Sicherheit folgen.

„Die Kosten und Gefahren des Rüstungswettlaufs, die Zunahme politischer Spannung und Instabilität, das Andauern konventioneller militärischer Konflikte, die steigende Gefahr eines nuklearen Krieges, die wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Belastungen durch Militärausgaben – all diese Probleme werden sich nicht lösen lassen, wenn die Nationen der Welt daran festhalten, auf gewohnten Wegen nach Sicherheit zu streben. Solange sie hartnäckig versuchen, nationale Interessen einseitig zu schützen, und sich so verhalten, als ob sie ihre Sicherheit auf Kosten anderer gewinnen könnten, werden sie scheitern. Der ausgetretene

---

<sup>52</sup> Palme-Bericht, S. 28.

<sup>53</sup> Palme-Bericht, S. 12.

Pfad des militärischen Wettstreits ist eine Sackgasse; er kann nicht zu Frieden und Sicherheit führen.

Auf den einleitenden Seiten dieses Berichts haben wir einen alternativen Ansatz zur Sicherheit umrissen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Annahme dieser Prinzipien zu einer besseren Welt führen würde, zu einer Welt in der alle Menschen ohne Furcht vor Krieg und drohender Vernichtung ein reicheres und erfüllteres Leben führen könnten. Zu diesem Zweck fordern wir alle Nationen nachdrücklich auf, ihre Sicherheitspolitik neu zu überdenken. Wir hoffen, dass politische Führer und gewöhnliche Menschen in aller Welt wie wir zu der Erkenntnis kommen, dass Sicherheit nur miteinander, durch gemeinsame Zusammenarbeit erreicht werden kann. Wir fordern darüber hinaus, daß die im ersten Kapitel umrissenen Prinzipien zur Grundlage der Sicherheitspolitik aller Nationen gemacht werden und daß die Staaten gemeinsam handeln, um auf dieser Basis Sicherheit zu schaffen.

In praktischer Hinsicht muss die Anwendung der Prinzipien gemeinsamer Sicherheit auf die Realitäten politischer und militärischer Umstände in spezifischen Situationen abgestimmt werden. Die enge Beziehung zwischen dem Fortschritt zum politischen Ausgleich und der Aussicht auf Abrüstungsverhandlungen ist eines der leitenden Prinzipien unserer Stellungnahme zu Sicherheitsfragen gewesen; wenig lässt sich vollbringen, wenn diese Bindungen nicht erkannt werden. Nur wenige Mittel zur Rüstungsbegrenzung und Annäherung an die Abrüstung sind von allgemeiner Relevanz; noch weniger Mittel lassen sich zu einem gegebenen Zeitpunkt in allen Teilen der Welt anwenden. Es empfiehlt sich daher, einen aus verschiedenen Bausteinen bestehenden Ansatz zur Rüstungsbegrenzung und zur Verwirklichung echter Sicherheit zu verfolgen. Zwar ist es möglich, eine Vielfalt unterschiedlicher Maßnahmen gleichzeitig zu ergreifen, doch müssen die meisten von ihnen auf die speziellen Bedingungen in verschiedenen Teilen der Welt oder auf die spezifischen Aspekte besonderer militärischer Probleme zugeschnitten sein. In dem Grad, in dem solche einleitenden Maßnahmen durchgeführt werden, kann sich eine breitere politische Bewegung entwickeln, die die Erwägung von anspruchsvolleren Schritten ermöglicht.“<sup>54</sup>

In diesem Kapitel identifiziert die Kommission die „herausragenden Faktoren“, die beim Entwurf der Lösungen berücksichtigt werden müssen. Dazu gehören insbesondere

- die Einschränkung des nuklearen Rüstungswettlaufs zwischen den USA und der Sowjetunion
- Sicherheit in Europa
- Gleichgewicht der konventionellen Kräfte
- Zusammenarbeit und Vertrauensbildung
- Stärkung der Sicherheitsfunktion der Vereinten Nationen

---

<sup>54</sup> Palme-Bericht, S. 117.

Ein wichtiger Aspekt, der in dem Bericht wiederholt angesprochen wird, ist der der Verifikation von Abrüstungsschritten, um ganz grundlegend Vertrauen zu schaffen. Das bedeutet auch, Transparenz darüber, welche Waffen den jeweiligen Ländern zur Verfügung stehen.

### **Folgerungen/Empfehlungen**

Der Bericht endet mit einer ganzen Reihe von Empfehlungen, so zum Beispiel

- der Abschluss eines Vertrages zur beiderseitigen Truppenreduzierung in Europa (MBFR),
- Verhandlungen zum Abbau der strategischen Waffen (START),
- ein Abkommen über die Errichtung einer Atomwaffenfreien Zone in Europa,
- ein Abkommen über die Errichtung einer Chemiewaffenfreien Zone in Europa,
- ein Abkommen über ein umfassendes Verbot von Atomtests,
- ein Vertrag über den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa,
- ein Abkommen über ein Verbot von Weltraumwaffen.

Egon Bahr hatte noch weitergehende Vorschläge für Abrüstung und Sicherheit, die in der Kommission mehrheitlich auf Zustimmung trafen, aber gegen die beiden militärischen Supermächte USA und UdSSR nicht durchsetzbar waren. Er machte deshalb zusätzliche Empfehlungen, in denen er für eine weitergehende atomare Abrüstung eintrat, eine Beschränkung der Atomwaffen allein auf das Territorium ihrer Besitzerstaaten forderte und ein Gleichgewicht in der konventionellen Bewaffnung verlangte.

## Warum fordern Rechte Entspannungspolitik? - Gibt es eine Friedensbewegung von rechts?

*Von Uwe Hixsch*

In den bundesweiten Medien wird derzeit verstärkt über eine „neue Friedensbewegung von rechts“ berichtet. Festgemacht wird diese Aussage an der AfD und einer Reihe von nationalistischen und völkischen Gruppen, die in der aktuellen Debatte über Waffenlieferungen an die Ukraine für eine Verständigung mit Russland eintreten. Im Spiegel wird dazu ausgeführt: „AfD-Chef Chrupalla fordert Verhandlungen der Ukraine und Russlands in Berlin, Rechtsextremist Höcke übernimmt einen Slogan der Friedensbewegung.“<sup>55</sup>

Natürlich sind AfD und Friedensbewegung schon ein Widerspruch in sich, aber nichtsdestotrotz ist der Versuch da, die aktuelle Situation – wieder einmal – für rechtsradikale Stimmungsmache zu missbrauchen. Durch die derzeitige Entwicklung sind auch viele aktive Friedensbewegte verunsichert, auch da sie Sorgen haben, wegen ihrer pazifistischen oder antimilitaristischen Haltung mit der AfD oder rechten Gruppierungen in einen Zusammenhang gebracht zu werden.

**Hierzu eine kurze Klarstellung vorab:** Die Positionen der NaturFreunde und der Friedensbewegung für eine neue Entspannungspolitik und für eine europäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands haben nichts mit den Aussagen der völkischen und rechten Gruppierungen zu tun. Für die rechten Gruppierungen sind die ideologischen Anknüpfungsfelder für ihre Aussagen zu Russland vor allem ihr tief verankerter Antiamerikanismus und ein falscher und verkürzter Blick auf den neoliberalen Kapitalismus.

Ihre völkische Kritik, die sich in Spielarten wie einem „nationalen Antiimperialismus“, einer „völkischen Globalisierungskritik“ oder einem „antibürgerlichen Habitus“ zeigen, sind Ausdruck eines demokratie- und aufklärungsfeindlichen Weltbildes. Anders die NaturFreunde und die Friedensbewegung: Antiamerikanismus, also eine Feindschaft gegen die Menschen in den USA, ist den NaturFreunden fremd. NaturFreunde kritisieren, genau wie die Friedensbewegung, die Politik der US-Regierung, aber nicht die Menschen in den USA. Die Neue Rechte hingegen nimmt die USA als Hort der Aufklärung und Moderne wahr, die sie bekämpfen.

Diese Entwicklung ist nicht neu. Mit dem Entstehen der Moderne als Ergebnis der Aufklärung hat sich sehr schnell eine konservativ-reaktionäre Gegenbewegung herausgebildet, die sich gegen die Ideen der Moderne richtete. Von den Hauptströmungen dieser Gegenbewegung werden ein gesellschaftlich aufgeklärter Liberalismus genau wie der Sozialismus als

---

<sup>55</sup> Severin Weiland, Wie die AfD sich als rechte Friedenspartei inszeniert, in: Der Spiegel, 01.05.2022, siehe: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-der-krieg-in-der-ukraine-wie-sich-die-rechtspopulisten-als-friedenspartei-inszenieren-a-219f5655-0461-4e71-a1a2-fe842498aeeb>

verfehlte Ideologien der Moderne und der Aufklärung angegriffen. Ein wichtiges Motiv dieser Strömung ist ein Antiamerikanismus, der sich gegen den Melting-Pot USA richtet. In den USA verdinglichen sich nach dieser Ansicht die negativen Entwicklungen der Moderne wie Interkulturalität, die Ausdifferenzierung der Lebensentwürfe, sexuelle Selbstbestimmung oder auch die Gleichstellung der Geschlechter.

Die Nähe vieler reaktionär-konservativer und völkischer Strömungen zu Russland erklärt sich aus einer „antiwestlichen Verheißung“<sup>56</sup>, die sie historisch mit Russland verbinden. Die Affinität der Rechten für die Sowjetunion entwickelte sich schon in den ersten 1920er-Jahren. Dabei ging es den Intellektuellen der „Konservativen Revolution“ nicht um die soziale Frage oder die internationalistische Ausrichtung der russischen Revolution. Sie sahen in der Entwicklung Russlands zur Sowjetunion den Antipoden zu den USA.

Auch heute gilt Russland unter der Regierung von Putin vielen in der neurechten Szene als „Vorbild im Kampf gegen westliche Werte“<sup>57</sup>. Diese Entwicklung knüpft an Diskurse der „Konservativen Revolution“ aus den 1920er-Jahren in Deutschland an, in deren Tradition sich große Teile der heutigen Neuen Rechten sehen, enthält aber auch klare Unterschiede. Im Gegensatz zu den 1920er-Jahren haben sich heute in Russland wieder viele konservative Grundpositionen als Teil der Regierungspolitik durchgesetzt. Theoretiker\*innen der Neuen Rechten greifen auf Thesen von Arthur Moeller van den Bruck zurück, der sich als einer der intellektuellen Vordenker der „Konservativen Revolution“ in seinen Schriften für „die radikale Abkoppelung des Reichs von der westlichen Kulturtradition“<sup>58</sup> einsetzte. Der „Nationalismus der Bolschewisten galt Moeller als Vorbild einer neuen Gesellschaft“<sup>59</sup>, so wie heute der russische Nationalismus als Vorbild der Neuen Rechten für einen neuen Nationalismus in Europa gilt.

Der Begriff „Konservative Revolution“ in der heute verwendeten Form geht auf ein Buch von Armin Mohler<sup>60</sup> zurück. Ob dieser Begriff das Phänomen der rechten Intellektuellen der 1920er-Jahre exakt beschreibt, ist bis heute umstritten. Was diese Intellektuellen jedoch gemeinsam hatten, war eine Ideologie, die antiliberalen, antidemokratischen und antiegalitären Züge trug. Sie waren mit ihren Publikationen maßgeblich an der völkischen, antisemitischen, antidemokratischen und nationalistischen Rechtsverschiebung in der Weimarer Republik beteiligt und Wegbereiter\*innen für den Faschismus. Bis heute sind sie Vorbild für einen großen Teil der Neuen Rechten. Die Vertreter\*innen der „Konservativen Revolution“

---

<sup>56</sup> Jürgen P. Land, Im Osten geht die Sonne auf: Russland und die Neue Rechte, in: BR24, 27.03.2022, siehe: <https://www.br.de/nachrichten/kultur/russland-und-die-neue-rechte-im-osten-geht-die-sonne-auf,T15xFmv>

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen., Friedrich Vorwerk Verlag, 1950.

hatten in unterschiedlicher Ausprägung eine Affinität zu rechtsautoritären Diktaturen, zu Chauvinismus, zu Migrationsfeindlichkeit und antisemitischen Tendenzen in der Gesellschaft.

Das 1923 veröffentlichte Werk von Arthur Moeller van den Bruck „Das Dritte Reich“<sup>61</sup>, in dem er einen zukünftigen autoritären deutschen Staat durch eine Verbindung von Nationalismus und Sozialismus propagierte, ist eines der Schlüsselbücher auch der heutigen neurechten Intellektuellen. Moeller van den Bruck forderte damals in seinem Werk, sich der Sowjetunion zu öffnen und eine Ausrichtung an westlichen Werten, besonders gegenüber den USA, abzulehnen. Die Nationalrevolutionär\*innen „stehen damit dem Nationalbolschewismus am nächsten und betrachten den sowjetrussischen Versuch durchaus mit Sympathie“<sup>62</sup>.

Wenn sich heute Vertreter\*innen der Neuen Rechten für eine Entspannungspolitik gegenüber Russland einsetzen, verbinden sie das mit dem Versuch, die Inhalte der russischen Regierungspolitik als Machtblock gegen die Moderne und dem von ihnen abgelehnten „Westen“ darzustellen. Die Neue Rechte beschreibt Deutschland als „besetztes und fremdbestimmtes“ Land, dem der „American Way of Life“ aufgezwungen würde. Von diesem gelte es sich zu befreien und zu einer deutschen oder europäischen Kultur zurückzufinden. Hier wird die zunehmende Ablehnung „westlicher Werte“ durch die russische Regierung als wichtiger Anknüpfungspunkt für die eigene Strategie gesehen.

Die russische Regierungspolitik mit ihrer konfrontativen Position gegen die westliche Machtausdehnung gilt der Neuen Rechten als Vorbild für eine neue Geopolitik. In ihrer Strategie versuchten die Neuen Rechten, eine völkische, antiaufklärerische und rückwärtsgewandte Kultur in Europa zu verankern. Ganz im Sinne der „Konservativen Revolution“ versuchen sie zu suggerieren, dass es heute kein links und rechts mehr gebe, sondern nur ein „richtig“ oder „falsch“. Ziel ist ein antimodernistischer Umbau der Gesellschaft. Mit ihrem positiven Bezug auf Russland streben sie an, ihre antiamerikanische Feindschaft und den Versuch, mit der russischen Regierung einen Block gegen den Einfluss der USA zu bilden, geopolitisch zu begründen.

Diesen Wunsch hatte schon Armin Mohler Anfang der 1980er-Jahre so ausgedrückt: „Zur [...] politischen Situation der Bundesrepublik gehört – auch wenn man es nicht offen zugeben will – ein tief hinunter reichender, nur teilweise bewusst werdender Antiamerikanismus [dem] erstaunlicherweise kein vergleichbarer Affekt gegen die andere Siegermacht“<sup>63</sup> Sowjetunion gegenüberstehe. Aktuell knüpfen völkische Traditionen innerhalb der neuen Rechten wieder an diese Denktradition an und versuchen, ihren Antiamerikanismus durch eine ideologische Überhöhung Russlands und der dort ablaufenden konservativen Entwicklung

---

<sup>61</sup> Arthur Moeller van den Bruck, Das dritte Reich., Ring-Verlag, Berlin, 1923.

<sup>62</sup> Konservative Revolution, in: DeWiki, siehe: [https://dewiki.de/Lexikon/Konservative\\_Revolution](https://dewiki.de/Lexikon/Konservative_Revolution)

<sup>63</sup> A.a.O., Jürgen P. Land, Im Osten geht die Sonne auf.

hin zu Volk, Nation und klassischen konservativen Werten wie Familie und Religion zu begründen.

Ein weiterer ideologischer Ansatz für die Neue Rechte sind die nationalistischen Clubs in Russland und der Moskauer Publizist Alexander Dugin, „der mit seiner ‚Eurasischen Bewegung‘ über Zugang zu höchsten Regierungs- und Parlamentskreisen“<sup>64</sup> verfügt. Bereits 1992 hatte Dugin in seinem Artikel „Der Große Krieg der Kontinente“ auf die Auferstehung eines „Eurasiens“ gesetzt. Dieses „Eurasien“, vor allem die Verbindung mit China, werde sich in der geopolitischen Auseinandersetzung gegen die USA und ihre westlichen Werte zusammenfinden und eine Neubesinnung auf traditionelle Werte und Kultur ermöglichen. Seine Gedankenwelt baut dabei eine „metaphysische Mission“ auf, die sich mit den Gedankenwelten der Neuen Rechten als Anknüpfungspunkt für ihren Antiamerikanismus bestens verbindet.

Wenn also heute Vertreter\*innen der Neuen Rechten von einer „Entspannungspolitik“ gegenüber Russland reden, hat diese nichts mit den Werten und Forderungen der NaturFreunde zu tun. NaturFreunde treten für eine neue Entspannungspolitik als Teil der Sicherung des Friedens zwischen den verschiedenen geopolitischen Blöcken ein. Dabei steht für die NaturFreunde keine geopolitische Interessenlage im Mittelpunkt, sondern einzig die Sicherung des Friedens.

Im Gegensatz zu den Vertreter\*innen der Neuen Rechten wollen die NaturFreunde keine neuen imperialen Blöcke schmieden, die sich feindlich gegenüberstehen, sondern an der Konzeption einer „friedlichen Koexistenz“ der verschiedenen geopolitischen Blöcke von Olof Palme ansetzen. Ziel ist die Überwindung der Blockkonfrontation und die Durchsetzung einer weltweiten Abrüstung.

Die NaturFreunde sind aus der Aufklärung und der Theorie der Moderne entstanden. Sie verteidigen die Errungenschaften der Moderne und setzen sich für einen friedlichen Dialog über diese Errungenschaften und die gesellschaftliche Entwicklung ein. Geopolitische Drohgebärden, wie sie von der Neuen Rechten als Teil ihrer Russlandpolitik vorgetragen werden, sind für die NaturFreunde völlig inakzeptabel.

---

<sup>64</sup> Vgl. Katrin Bastian und Roland Götz, Unter Freunden? Die deutsch-russische Interessenallianz, in: „Blätter“, 5/2005, S. 583-592, hier S. 591 f.

## **Frieden in Bewegung 2023**

***Von Yannick Kiesel***

Mit „Frieden in Bewegung 2021“ haben die NaturFreunde gezeigt, dass es auch unter schwierigsten Bedingungen möglich ist, unsere politischen Forderungen auf die Straße zu tragen. Beispielhaft durften wir vorangehen und uns trotz der pandemischen Widrigkeiten für den Frieden einsetzen. Wir haben uns nach langer Zeit wieder getroffen, diskutiert, gelacht und gefordert. Wir haben neue Mitglieder gewonnen und die NaturFreunde-Idee durch Deutschland, Österreich und die Schweiz getragen. Über 1.000 zurückgelegte Kilometer, 5.000 Mitwandernde und ca. 15.000 Teilnehmende zeigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Dass es weiterhin wichtig ist, uns zu engagieren und wieder aktiv zu werden, davon sind wir überzeugt.

Die Pandemie hat uns gezeigt, dass wir alle verletzlich sind, in unterschiedlichster Weise. Deshalb braucht es immer die Solidarität unserer Gemeinschaft, die Zusammenkunft und den Austausch, um den Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam entgegenzutreten. Die Friedenswanderung im Jahr 2021 war ein erster Schritt für uns, wieder herauszutreten, zu arbeiten, zu organisieren und unsere Werte aufleben zu lassen.

Der Krieg in der Ukraine zeigt uns deutlich, wie wichtig es ist, wieder für den Frieden zu kämpfen. Die Selbstverständlichkeit, mit der wir Kriege abgelehnt und unsere pazifistische Haltung definiert haben, ist vorbei. Selbst Teile der Friedensbewegung sind verunsichert. Der friedliche Grundgedanke in der Gesellschaft scheint verfliegen. Schwere Waffen werden ohne zu zögern in Kriegs- und Krisengebiete geschickt. Doch dies darf nicht unbeantwortet bleiben. Wir müssen zeigen, dass auch andere Perspektiven möglich sind. Dass es immer noch Menschen gibt, die an die Diplomatie und die Stärke der Kommunikation glauben. Wir müssen daran erinnern, dass Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete vor Monaten noch unmöglich erschienen. Und das sollten sie auch heute sein.

Die Schnelligkeit dieses Umdenkens, auch in der Politik, ist erschreckend. Daher braucht es gerade jetzt besonnene und vor allem viele Stimmen in der Gesellschaft, die den Gedanken des Pazifismus und Antimilitarismus wiederbeleben. Wir sind davon überzeugt, dass der Krieg in der Ukraine kein militärisches Ende finden darf. Dann verlieren alle. Unsere Werte sind klar: Jedes Menschenleben, das für egoistische, imperialistische und nationalistische Ziele zerstört wird, ist ein Menschenleben zu viel. Dieser humanistische Gedanke ist, besonders auf hohen Entscheidungsebenen, aufgrund von Machtinteressen, territorialen Ansprüchen und gefühlter Ausweglosigkeit leider verschwunden. Solange Menschenleben mit strategischen und taktischen „Kriegserfolgen“ aufgewogen werden, wird es immer bewaffnete Konflikte geben. Daher verurteilen wir den brutalen Angriffskrieg Russlands und fordern ein „Nein“ zum Krieg und den Abzug aller russischen Truppen. Militärisch scheint diese Forderung unerreichbar. Sie ist eine Frage der Vernunft und der Diplomatie.

## **Von Straßburg nach Theresienstadt**

Wir möchten zeigen, dass Frieden und Abrüstung möglich sind und den Austausch suchen, um die aktuellen Geschehnisse zu diskutieren und zukünftige Lösungen zu erarbeiten. Hierfür soll uns „Frieden in Bewegung“ 2023 eine Plattform geben. Wir möchten neue Gebiete in und außerhalb Deutschlands erkunden und begeben uns hierfür wieder auf eine interessante Strecke, dieses Mal von West nach Ost. Einige Termine stehen bereits fest und diese möchten wir euch nicht vorenthalten, damit ihr sie euch bereits jetzt im Kalender für nächstes Jahr eintragen könnt:

Die große NaturFreunde-Friedenswanderung 2023 wird in Straßburg, dem Sitz des europäischen Parlaments, starten. Wir freuen uns darauf, die Geschichte der Städtefreundschaft zwischen Straßburg und Kehl kennenzulernen und diesen Ort der internationalen Solidarität als Startpunkt der Friedenswanderung zu nutzen. Von Straßburg wird es gemeinsam mit den französischen NaturFreunden auf dem Fahrrad durch das Elsass bis nach Saarbrücken gehen.

Wir möchten einen Auftakt schaffen, der nicht nur wandernde NaturFreund\*innen einbezieht, sondern auch unseren Radgruppen die Möglichkeit gibt, bei „Frieden in Bewegung“ teilzunehmen. Und selbstverständlich werden wir befreundete Gruppen, Gewerkschaften und Friedensinitiativen bitten, mitzuwandern.

Unsere Ankunft in Saarbrücken ist für den 30. April 2023 geplant. Dort freuen wir uns auf unsere Auftaktkundgebung sowie die offizielle Verabschiedung der nun startenden Wandergruppe auf der 1.-Mai-Demonstration des DGB einen Tag später. Darüber hinaus hoffen wir auf ein buntes Kulturprogramm zur friedenspolitischen Historie in Saarbrücken.

Von dort geht es weiter durch Rheinland-Pfalz bis nach Mannheim. Dort findet im Jahr 2023 die Bundesgartenschau (BUGA) statt und auch die NaturFreunde werden dort vertreten sein. Die BUGA wird unter dem Motto „Frieden“ stehen und könnte daher keine passendere Station der Friedenswanderung sein. Am 14. und 15. Mai wird „Frieden in Bewegung“ daher Halt in Mannheim machen und mit einem großen Friedenstag am 15. Mai auf der Hauptbühne der BUGA ein buntes Programm bieten. Zusätzlich sind alle NaturFreunde-Ortsgruppen dazu aufgerufen, sich bei der Ortsgruppe Mannheim zu melden, um ihre eigenen Aktivitäten auf der BUGA vorzustellen.

Die Friedenswanderung wird anschließend voraussichtlich am 3. und 4. Juni in Bamberg Station machen mit einem geplanten Besuch des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg. Weitere Stationen der Friedenswanderung sind Plauen und Dresden. Von dort soll unser Ziel Theresienstadt in Tschechien angesteuert werden. Hier hoffen wir auf die Unterstützung unserer tschechischen NaturFreund\*innen und glauben, dass wir uns mit Theresienstadt für einen friedenspolitisch wichtigen Zielpunkt entschieden haben.

Somit vereinen der Startpunkt Straßburg und der Endpunkt in Theresienstadt den starken europäischen Gedanken der internationalen Solidarität und die Erinnerung an das, was passieren kann, wenn wir diesen Gedanken aus den Augen verlieren. Wir freuen uns sehr auf

die anstehende Organisation und die Durchführung der Wanderung sowie auf viele aktive Mitglieder, die uns bei der Planung unterstützen möchten.

Der historische Einsatz für Frieden hat für die NaturFreunde lange Tradition und soll uns politisch wieder präsenter machen. Wir wollen mehr Menschen für unsere Idee und unseren Verband gewinnen, auch hierzu kann unsere gelebte Friedenspolitik einen Beitrag leisten.

Die Friedenswanderung soll zur Trägerin unserer Inhalte, unserer Stärken und unserer Werte werden. Lasst uns als NaturFreunde zeigen, dass wir hier sind, um etwas zu verändern, um den gesellschaftspolitischen Prozess mitzugestalten und für eine solidarische und friedliche Zukunft einzustehen.

Ich freue mich darauf!

### **Kontakt**

Yannick Kiesel

[info@frieden-in-bewegung.de](mailto:info@frieden-in-bewegung.de)

[www.frieden-in-bewegung.de](http://www.frieden-in-bewegung.de)

